

Protokoll

8. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 19. Juni 2012, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsident Fabio Telatin
Anwesend Stadtparlament:	26 Mitglieder
Entschuldigt:	Buff Roman, EVP, Heller Felix, SP-Gewerkschaften-Juso, Hug Kaspar, CVP, Yilmaz Ekin, SP-Gewerkschaften-Juso
Anwesend Stadtrat:	Brühwiler Konrad, SVP, Hug Patrick, CVP, Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans Ulrich, FDP
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 8/ 1. Mitteilungen
- 8/ 2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2010 der Stadt Arbon
- 8/ 3. Botschaft „Entschädigung Stadttammann ad interim ab 1. Juni 2012“
Eintreten, materielle Beratung, Beschluss
- 8/ 4. Botschaft „Jährlicher Betriebsbeitrag an das EZO Eissportzentrum Oberthurgau in Romanshorn in Höhe von Fr. 64'295.– ab 01. Mai 2013 bis 30. April 2018“
Antrag Parlamentsbüro auf Bildung einer 5er Kommission
- 8/ 5. Zusammensetzung 7er Kommission für „nichtständige“ Kommissionen
Klärung für eine definitive Zusammensetzung der Sitzverteilung, Diskussion, Beschluss
- 8/ 6. „Parkierungsreglement – Bericht und Antrag
Antrag Parlamentsbüro auf Bildung einer 7er Kommission
- 8/ 7. Ersatzwahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für die laufende Legislatur
(Rücktritt Andrea Vonlanthen, SVP per 30.06.2012)
7.1 Wahl des Präsidiums der Einbürgerungskommission
- 8/ 8. Fragerunde
- 8/ 9. Verschiedenes
 - Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Fabio Telatin: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier und Stadträte, im Speziellen Patrick Hug in seiner Funktion als Stadtammann ad interim und als neues Parlamentsmitglied Arturo Testa, CVP/EVP, sowie Vertreter der Medien, Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren.

Einen lebhaften Monat haben wir hinter uns, seit der letzten Parlamentssitzung mit etlichen Anlässen, wie Verabschiedung von Stadtammann Martin Klöti und das Kulturfest, welches wieder einmal gezeigt hat, wie unterschiedliche Menschen harmonisch zusammen feiern können. Ich denke, dass das auch ein richtiges Zeichen gegen aussen ist und sicher andere Städte animiert, solche Feste zu organisieren.

Was mir aber immer wieder auffällt, ist, wie viele freiwillige Helfer mitmachen, ihre Freizeit investieren zum Wohl der Vereine oder zum Ansehen der Stadt beitragen. All den Engagierten und Initianten möchte ich gerne ein grosses Dankeschön sagen.

Auch wir Parlamentsmitglieder arbeiten in unserer Freizeit für das Wohl der Stadt und vertreten so unsere Bürgerinnen und Bürger, auch heute, wo sicher manche oder mancher gerne Fussball geschaut hätte. Deshalb danke ich auch ihnen allen für ihr Engagement in ihrer Freizeit.

Somit begrüsse ich sie zur heutigen 8. Parlamentssitzung der Legislatur 2011-2015, mit einer reich befrachteten Traktandenliste und bitte Evelyne Jung, den Namensaufruf vorzunehmen.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 26 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich: Roman Buff, EVP, Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso, Kaspar Hug, CVP und Ekin Yilmaz, SP-Gewerkschaften-Juso. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt somit 14 Stimmen.

Traktandenliste

Präsident Telatin Fabio: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Die Diskussion wird nicht gewünscht, somit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Mitteilungen

Zu Beginn möchte ich ihnen sagen, dass Linus Herrsche, Lernender bei der Stadt Arbon mit seinen Schulkolleginnen Jennifer Fritschi, Lernende der Gemeinde Roggwil und Alena Lutz, Lernende der Gemeinde Horn, Notizen und Aufnahmen zu dieser Sitzung machen für ihre Präsentation in der Schule. Ich hoffe, dass es für euch eine interessante und hilfreiche Parlamentssitzung sein wird.

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 30. Mai 2012

- Kommissionsbericht FGK Jahresbericht und Jahresrechnung der Stadt Arbon
- Botschaft „Jährlicher Betriebsbeitrag an das EZO Eissportzentrum Oberthurgau“
- Botschaft „Parkierungsreglement – Bericht und Antrag“(inkl. 3 Beilagen)

Mit Versand 2 vom 5. Juni 2012

- Kommissionsbericht betreffend „Entschädigung Stadtammann ad interim ab 1. Juni 2012“

Mit Sonderversand 3 vom 11. Juni 2012 per Mail und Post

- Antrag Parlamentsbüro für „nichtständige“ 7er Kommissionen

An der heutigen Parlamentssitzung aufgelegt:

- Projektübersicht der Stadt Arbon vom 21. Mai 2012

Mit Sonderversand per 5. April 2012

- Botschaft Jahresbericht und Jahresrechnung 2011
- Jahresbericht und Jahresrechnung 2011

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Parlamentssitzung ist eine Einfache Anfrage betreffend „Kurzarbeitszeitregelung der AFG – Auswirkungen auf die Stadt Arbon“ von Atakan Oezcebi, SP-Gewerkschaften-Juso eingereicht worden. Die Einfache Anfrage wird an den Stadtrat weitergeleitet.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Andrea Vonlanthen, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Präsident Einbürgerungskommission Andrea Vonlanthen, SVP: Gerne gebe ich sie über die neuen Beschlüsse.

1. Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen

- Simic Slavisa, 1968, serbischer Staatsangehöriger
- Simic-Pavic Danijela, 1972, serbische Staatsangehörige
- Simic Marina, 1997, serbische Staatsangehörige
- Simic Andela, 2000, serbische Staatsangehörige
- Simic Aleksandar, 2005, serbischer Staatsangehöriger
- Bounagra Moncef, 1973, tunesischer Staatsangehöriger
- Rubino Generoso, 1967, italienischer Staatsangehöriger

Wir beglückwünschen diese Personen zur Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht. Wir wünschen ihnen ein waches Interesse und viel Freude an der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens und an der Entwicklung unserer Stadt!

Wie immer bildet das Gemeindebürgerrecht die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht wird der Grosse Rat in den nächsten Monaten entscheiden.

2. Zur Behandlung anstehende Gesuche

- Birdaini Elvis, 1972, kosovarischer Staatsangehöriger
- Birdaini Semira, 1979, kosovarische Staatsangehörige
- Birdaini Halid, 2001, kosovarischer Staatsangehöriger
- Birdaini Sena, 2005, kosovarische Staatsangehörige
- Birdaini Ezana, 2008, kosovarische Staatsangehörige
- Bekteshi Bekim, 1996, mazedonischer Staatsangehöriger
- Müller Tino, 1976, deutscher Staatsangehöriger
- Hebibi Esat, 1973, kosovarischer Staatsangehöriger
- Hebibi Arlinda, 1986, kosovarische Staatsangehörige
- Hebibi Bleron, 2006, kosovarischer Staatsangehöriger
- Hebibi Elisa, 2008, kosovarische Staatsangehörige
- Kaya Ismail, 1993, türkischer Staatsangehöriger
- Öztürk Okan, 1995, türkischer Staatsangehöriger

Im Moment liegen 9 pendente, behandlungsreife Gesuche von 18 Personen vor. Hier liegt die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vor. Der frühere hohe Pendenzenberg ist also nachhaltig abgearbeitet.

Es ist dies das letzte Mal, dass ich in der Funktion als EBK-Präsident vor Ihnen stehe. Deshalb erlaube ich mir noch ein persönliches Wort.

Vorerst zu meiner gesundheitlichen Situation, auf die ich immer wieder angesprochen werde:

Ich leide seit Ostern an einer seltenen Autoimmunkrankheit, die nun bei einem Spitalaufenthalt diagnostiziert werden konnte. Sie macht mich angeschlagen und weniger belastbar. Deshalb war es einfach unumgänglich, dass ich diese anspruchsvolle Aufgabe rasch einer robusten Persönlichkeit überlasse.

Ich gestehe heute unumwunden, dass ich die Aufgabe als EBK-Präsident eher unterschätzt habe. Als Nichtjurist habe ich bei der Einarbeitung aber stark profitiert von Kontakten mit dem Romanshorner Kollegen, einem profilierten Juristen, und dem zuständigen kantonalen Amtschef.

Die grosse Herausforderung besteht in den dreifachen Ansprüchen:

1. Da sind die an sich klaren rechtlichen Vorgaben.
2. Da ist die öffentliche Meinung zur Einbürgerungspraxis, die man durchaus zu hören bekommt.
3. Da sind die betroffenen Menschen mit ihren Erwartungen und Hoffnungen.

Wir haben uns in den letzten fünf Jahren in der EBK gute Arbeitsgrundlagen erarbeitet und diese laufend weiter konkretisiert. Damit lässt sich in dieser Legislatur solide arbeiten. Dies immer mit dem nötigen Einfühlungsvermögen und Ermessensspielraum. Dabei gilt es immer auch zu bedenken, dass eine Einbürgerung nicht einfach einer Autoprüfung oder einem Fischerpatent entspricht. Hier geht es um das ganze Dasein, die Identität, auch um die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und mitzuwirken. Im Interesse unserer Stadt und unseres Landes.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen aus der EBK für das stete Bemühen und Ringen, dieser Herausforderung gut und fair gerecht zu werden, und der Verwaltung für ihre wertvolle administrative Unterstützung.

Ich danke ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr für ihr Interesse an der Arbeit der EBK und jetzt auch für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Fabio Telatin: Andrea Vonlanthen, danke für die Informationen und deine grosse Arbeit.

2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2011 der Stadt Arbon

- Eintreten, materielle Beratung, Beschluss

Präsident Fabio Telatin: Der Stadtrat hat am 2. April 2012 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2011 verabschiedet. Diese liegen nun zur Genehmigung vor.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2011 sei zu genehmigen.
2. Die Jahresrechnung 2011, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), sei zu genehmigen.
3. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2011 von Fr. 19'023.36 sei dem Eigenkapital gutzuschreiben.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, den Antrag des Stadtrates vom 2. April 2012 zu genehmigen.

Wir kommen zum Eintreten. Ich erinnere sie daran, dass das Eintreten obligatorisch ist. Ich übergebe das Wort Bernhard Bertelmann, Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK).

Bernhard Bertelmann, FGK: Gestützt auf die Gemeindeordnung hat die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2011 der Politischen Gemeinde Arbon geprüft und einen Bericht zuhanden des Parlaments erstellt. Dieser Bericht wurde Ihnen vorgängig zugestellt. Ich beschränke mich deshalb heute darauf, die wichtigsten Punkte zusammenzufassen und allenfalls ergänzende Bemerkungen anzubringen.

Die FGK kann der positiven Bewertung der Jahresrechnung 2011 durch den Stadtrat zustimmen. Sie weist jedoch darauf hin, dass mit den laufenden und anstehenden Investitionen die finanzielle Belastung zunehmen wird und eine konsequente und sparsame Finanzpolitik nötig sein wird, was uns dann bei der Beratung des Budgets 2013, im Herbst, bestimmt beschäftigen wird.

Die Stadt Arbon schliesst die Jahresrechnung mit einem kleinen Ertragsüberschuss von Fr. 19'023.--. Dies konnte so nicht erwartet werden, zumal der Voranschlag 2011 von einem Defizit von Fr. 881'000.-- ausgegangen war.

Der Rechnungsabschluss fällt also insgesamt um Fr. 900'000.-- besser aus als budgetiert. Insbesondere die Bereiche Allgemeine Verwaltung mit Fr. 267'412.--, Umwelt und Raumordnung mit Fr. 302'451.-- und Soziale Wohlfahrt, Fr. 463'521.-- haben zu diesem guten Abschluss beigetragen.

Die FGK streicht zwei Positionen speziell heraus:

1. Über den Lastenausgleich gemäss Finanzausgleichsgesetz in der Öffentlichen Sozialhilfe hat die Stadt Arbon Fr. 487'000.-- mehr als budgetiert erhalten.

2. Gegenüber dem Budget lagen die gesamten Staats- und Gemeindesteuern um Fr. 239'532.-- höher. Zu verdanken ist dies den Einnahmen bei den juristischen Personen, welche gesamthaft (also inkl. Nachträge) um Fr. 379'311.-- über dem Budget lagen. Demgegenüber gingen die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen zurück, obwohl die Steuerkraft gestiegen ist.

Mit der Überprüfung von Jahresbericht und Rechnung 2011 hat die neu zusammengesetzte Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Legislatur 2011-2015 das erste Tätigkeitsjahr abgeschlossen. Neben diesem Bericht und der ausführlichen Überprüfung des Voranschlags 2012 wurden auch in diesem Jahr einzelne Geschäfte gezielt und vertieft überprüft. Die FGK informiert das Parlament jeweils über ausgewählte Prüfungen am Anfang der Parlamentssitzungen unter dem Traktandum Mitteilungen. An dieser Praxis soll auch in Zukunft festgehalten werden.

Die FGK dankt Stadtrat und Verwaltung für die jederzeit konstruktive und offene Zusammenarbeit, welche uns eine effiziente Arbeitsweise ermöglicht.

Die FGK hat den Bericht der Rechnungsprüfungskommission der Politischen Gemeinde Arbon zur Kenntnis genommen. Die RPK empfiehlt aufgrund ihrer Prüfungsergebnisse die Jahresrechnung uneingeschränkt zu genehmigen. Als Vertretung der FGK konnte ich im März an der Schlussitzung der zweitägigen Schlussrevision der RPK und BDO teilnehmen. Gerne gebe ich hier weiter, dass RPK und BDO die kompetente Führung des Finanz- und Rechnungswesens lobten.

Die FGK empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Antrag des Stadtrates vom 2. April 2012 zuzustimmen und den Jahresbericht 2011 sowie die Jahresrechnung 2011 zu genehmigen.

Ebenfalls schliesst sich die FGK dem Antrag des Stadtrates bezüglich Ertragsüberschuss von Fr. 19'023.36 an und beantragt, diesen dem Eigenkapital gutzuschreiben.

Andreas Grubelnik, SP-Gewerkschaften-Juso: Als FGK-Mitglied der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso präsentiere ich Ihnen die Stellungnahme unserer Fraktion zum Eintreten auf den Jahresbericht und die Jahresrechnung.

Die Fraktion dankt dem Stadtrat, der Verwaltung und den städtischen Angestellten für die geleistete Arbeit. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung präsentieren sich wieder sehr gut. An dieser Stelle möchten wir einmal explizit ein Dankeschön an Mischa Vonlanthen aussprechen für die sehr gute Rechnungsführung und seine immerwährende Bereitschaft, die Fragen der FGK offen und kompetent zu beantworten.

Ich möchte an dieser Stelle nur einige, für die SP wichtige Punkte anschneiden. Weitere Kommentare werden in der Detailberatung noch folgen.

Die Stadt Arbon legt einen Rechnungsabschluss vor, der insgesamt um 0.9 Mio. Franken besser ausfällt als budgetiert und mit einer schwarzen Null jetzt zum zweiten Mal hintereinander ausgeglichen ausfällt. Dies ist erfreulich und anhand der doch angespannten Wirtschaftslage nicht selbstverständlich. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass diese Verbesserung der Rechnung gegenüber dem Budget vor allem folgenden Posten geschuldet ist, auf die die Verwaltung wenig Einfluss hat. Auf der Einnahmenseite fiel erstens der Lastenausgleich des Kantons um beinahe eine halbe Million besser aus als budgetiert und zweitens erhöhten sich die Steuereinnahmen gegenüber dem Budget um Fr. 240'000.--. Auf der Ausgabenseite reduzierten sich vor allem die Abschreibungen wegen Minderinvestitionen um über Fr. 200'000.--.

Apropos Minderinvestitionen: Auch wenn das Investitionsvolumen in diesem Jahr mit 5.5 Mio Franken wesentlich höher ausfällt als letztes Jahr, muss bemerkt werden, dass leider abermals Investitionen in den Unterhalt der Gemeindestrassen und der Kanalisation verschoben wurden. Wir wissen um die Schwierigkeiten und Abhängigkeiten in diesem Bereich von aussen, wollen aber trotzdem darauf hinweisen, dass diese Verschiebungen nicht mehr als Resultatkosmetik sind und dass diese Kosten in den folgenden Jahren auf uns zukommen werden. In Anbetracht der Herkulesaufgaben, die uns aktuell, aber auch in naher Zukunft mit NLK, Kappeli, Dreifachsporthalle und anderen Investitionen bevorstehen, bereitet uns das Bauchschmerzen. Schon im letzten Jahr mit noch moderaten Investitionskosten sank der Selbstfinanzierungsgrad auf nur noch 67.72 Prozent. In den nächsten Jahren mit den geplanten hohen Investitionen wird er weiter sinken und zur Finanzierung werden wir erheblich fremdes Geld aufnehmen müssen. Dies ist meiner Meinung nach noch nicht dramatisch, aber angesichts der unsicheren weltweiten wirtschaftlichen Lage sollten wir darauf ein wachsames Auge haben.

Beim Studium von Jahresbericht und Jahresrechnung sind uns aber auch zwei sehr erfreuliche Dinge aufgefallen, die es hier zu erwähnen gilt. Der Betrag der Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen konnte im Jahre 2011 um Fr. 100'000.-- gegenüber den davorliegenden Jahren gesteigert werden. Dies wird damit begründet, dass dank der zur Verfügung gestellten 20 Stellenprozent alte Fälle systematisch bearbeitet werden konnten und dies zu einer Ertragssteigerung geführt hat. Auch eine konsequente Verlustscheinbewirtschaftung hat dazu geführt, dass Abschreibungen im Bereich von Fr. 150'000.-- weniger gemacht werden mussten als budgetiert.

Diese zwei Beispiele, handelt es doch beinahe um eine Viertel Million Franken, zeigen schön, dass gut ausgebildetes und motiviertes Personal, vor allem aber auch Personal in genügender Anzahl, nicht nur Kosten verursacht, sondern auch Einsparungen bringt. In diesem Sinne möchten wir uns bei allen städtischen Angestellten nochmals herzlich für die geleistete Arbeit bedanken.

Wir befürworten die Anträge des Stadtrates und danken der FGK und ihrem Präsidenten für die geleistete Arbeit und den guten Bericht.

Philipp Hofer, CVP/EVP: Im Namen der CVP/EVP-Fraktion möchte ich mich beim Stadtrat und der Verwaltung für den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2011 sowie der FGK für den guten Bericht bedanken. Den Überlegungen der FGK können wir uns so weit anschliessen. Ich möchte das Eintreten kurz halten und einige Bemerkungen zur Jahresrechnung anbringen.

Nach 2010 war auch in diesem Jahr ein Defizit budgetiert, dennoch schliesst die Rechnung der Stadt Arbon erneut mit einem knappen, aber erfreulichen Ertragsüberschuss von Fr. 19'023.-- positiv ab. Dies unterstreicht die unternehmerische und haushälterische Haltung des Stadtrates, die angesichts der anstehenden Investitionen und der nach wie vor unsicheren Wirtschaftslage dringend notwendig ist.

Dennoch gilt es zu beachten, dass im Jahre 2011 Nettoinvestitionen in der Höhe von 5,5 Mio. Franken realisiert wurden, bei budgetierten Investitionen von 8,6 Millionen Franken. Geplante Investitionen von 3,1 Mio. Franken sind damit aufgeschoben. Wie aus dem Bericht der FGK hervorgeht, finden sich in diesen nicht getätigten Investitionen doch einige aufgeschobene Unterhaltsarbeiten wieder, sei es im Bereich Gemeindestrassen oder Kanalisationen. Solche Unterhaltsarbeiten werden aufgrund ihrer Dringlichkeit in den kommenden Jahren kaum mehr aufzuschieben sein, was zu den bereits geplanten, sehr hohen Ausgaben zusätzliche Investitionskosten verursachen wird.

Trotz des zahlenmässig sehr erfreulichen Abschlusses 2011 wird sich die finanzielle Last für die Stadt Arbon in den kommenden Jahren verstärken und es bleibt zu hoffen, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Stadt nicht verschlechtern werden. Durch die hohe Investitionssumme in den kommenden Jahren und die Neuverschuldung ist es wichtig, sich auch ausreichend mit negativen Entwicklungsszenarien der Wirtschaft zu befassen.

Was, wenn die Passivzinsen für das benötigte Fremdkapital auf einmal sprunghaft ansteigen?
Was, wenn die Gewinn- und Kapitalsteuern von Unternehmen stark rückläufig sind?
Was, wenn die Grundstückgewinnsteuern einbrechen?

Zurzeit jedoch stimmt das wirtschaftliche Umfeld für Arbon und es gilt nun die anstehenden Investitionen sauber zu etappieren und auf die Finanzierung abzustimmen. Die CVP/EVP-Fraktion befürwortet die Anträge des Stadtrates.

Werner Keller, FDP: Die FDP Fraktion dankt dem Stadtrat, den städtischen Angestellten und allen Beteiligten, die zum guten Ergebnis beigetragen haben. Der Jahresbericht mit verschiedenen interessanten Grafiken und Erläuterungen gibt einen guten Einblick in die äusserst vielseitigen Aufgaben der Stadt. Die Arbeit in der FGK ist nochmals effizienter geworden, denn ab diesem Jahr nimmt jeweils der Leiter Finanzen an den Budget- und Rechnungssitzungen als beratendes Mitglied teil. Dank dieser fachmännischen Unterstützung konnte sehr viel Zeit und einige zeitraubende Rückfragen eingespart werden. Wir danken den FGK-Mitgliedern und Mischa Vonlanthen für die konstruktive Zusammenarbeit.

Das Rechnungsjahr ist wiederum besser ausgefallen als erwartet. Sicher am positivsten fällt die Entwicklung von einem ursprünglich budgetierten Defizit zu einer schwarzen Null auf.

Bei den Investitionen dürfen wir feststellen, dass mehr als in den Vorjahren realisiert wurde, aber immer noch nicht mit dem Ausmass wie budgetiert. Vieles davon ist zwar aufgegleist, konnte aber auf Grund verschiedener Verfahren noch nicht umgesetzt werden.

Die unternehmerische Haltung des Stadtrates der letzten Jahre und seine aktive Investitionspolitik lösten die erwartete Resonanz bei den Investoren aus und stärken den Standort Arbon. Wir vertreten nach wie vor den Standpunkt, dass nur mit einer vernünftigen Ausgabenpolitik und einer Verbesserung der Steuerkraft der finanzielle Spielraum vergrössert werden kann. Nach den vielen Neubauwohnungen, die bereits bezogen oder kurz vor der Fertigstellung sind, ist die Erwartung gross, dass der Steuerertrag ansteigen wird.

Unser Ziel ist und bleibt, alles zu unternehmen, um den Standort Arbon für Neuansiedlungen aus Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben attraktiv zu gestalten. Das wird aus Sicht der FDP Fraktion die grosse Herausforderung sein. Wir sehen die Chancen gut und gehen davon aus, dass diese Zielsetzung auch für den Stadtrat gilt.

Die FDP Fraktion wird den Jahresbericht und die Rechnung genehmigen.

Hanspeter Belloni, SVP: Gerne präsentiere ich ihnen die Stellungnahme der SVP-Fraktion zum Jahresbericht und Jahresrechnung 2011 der Stadt Arbon.

Die Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Jahreskennzahlen.

Wie bereits bekannt, kann die Stadt Arbon statt einem Defizit von Fr. 881'000.-- einen Ertragsüberschuss von Fr. 19'023.-- vorlegen.

Wie schnell Rechnungen neben dem Budget liegen können, zeigen auch Beispiele wie Amriswil oder die Sekundarschulgemeinde Arbon.

Der Lastenausgleich wurde bereits erwähnt. Die Fr. 487'000.-- sind mehr als die Hälfte des budgetierten Defizits.

War das das Ende der Fahnenstange? Kommen nun härtere Zeiten auf die Steuerzahler der Stadt Arbon zu? Wirken sich die Steuerausfälle aus der Unternehmenssteuerreform II - konkreter wegen dem Kapitaleinlageprinzip - erst ab 2012 aus? Wir werden es im nächsten Jahr wissen.

Einige Gedanken noch zur Investitionsrechnung: Ein spezielles Augenmerk wird die SVP-Fraktion auf die Investitionen bzw. die Investitionsrechnung halten.

Von den budgetierten Investitionen von 8,559 Mio. Franken (Vorjahr budgetiert 3,861 Mio. Franken) wurden im Jahr 2011, 5,506 Mio. Franken tatsächlich investiert. (Vorjahr 1,902 Mio. Franken) Das sind immerhin erfreuliche 64 Prozent. Im letzten Jahr waren es nicht einmal 50 Prozent. Viele Investitionen mussten trotzdem erneut verschoben werden.

Bekanntlich sind es nicht weniger als zwei Dutzend Projekte, die zurzeit am Laufen sind oder planerisch anstehen.

Vieles ist schwierig zu planen und vorherzusehen. Umso wichtiger ist es, dass Notwendiges wie z.B. die "Arboner Unterwelt" bzw. Machbares von Wünschenswertem wie zum Beispiel dem Skatepark zu trennen. Wir lernen alle von den "Altlasten"!

Das hat die SVP-Fraktion immer wieder gefordert und wird es auch weiterhin tun. Der Stadtrat hat es nun in der Hand, sich zu beweisen!

Die SVP ist für Eintreten auf den Jahresbericht und die Jahresrechnung und empfiehlt, dem Antrag der FKG zuzustimmen. In der Detailberatung werden wir gerne noch ein paar Gedanken aufwerfen.

Stadtammann a. i. Patrick Hug: Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme von Jahresbericht und Jahresrechnung, und insbesondere auch der FGK für die stets sehr angenehme und konstruktive Zusammenarbeit.

Bereits zum zweiten Mal in Folge schliesst die Jahresrechnung der Stadt Arbon anstelle eines budgetierten Defizits mit einem kleinen Ertragsüberschuss ab, und dies bei einer stark gestiegenen Investitionssumme im Jahr 2011. Das positive Rechnungsergebnis 2011 ist ohne den im Dezember vom Stadtparlament genehmigten Landverkauf an der Seestrasse mit einem Buchgewinn von Fr. 360'000.-- zustande gekommen. Dieser Ertrag wird erst in diesem Jahr rechnungswirksam werden.

In den vergangenen 10 Jahren betrug der durchschnittliche Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung über Fr. 450'000.--, und auch das Jahr 2012 hat sich gut angelassen: Per Ende Mai ist der Steuereingang im Vergleich zum Vorjahr um über eine Million Franken gestiegen, was einer Steigerungsrate von rund 7 Prozent entspricht. Insbesondere der Steuerertrag bei den juristischen Personen hat sich nach dem Einbruch durch die Finanzkrise im Jahre 2009 wieder gut erholt. Aber

auch die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen entwickeln sich, parallel zum Einwohnerzuwachs, wie Werner Keller erwähnt hat, erfreulich, zumal in diesem Jahr, im Gegensatz zu 2011, keine kantonale Steuergesetzrevision zu verkraften sein wird.

Diese positive Entwicklung ist auch nötig, da in den Jahren 2013 bis 2015, dies wurde von allen Fraktionssprechern unisono erwähnt, hohe Investitionen zu tätigen sein werden. Am 6. Juni hat der Stadtrat an einer Klausursitzung den Investitionsplan für die kommenden Jahre erörtert, mit dem Ziel auch, zusätzliche Einsparungen vornehmen zu können und die Investitionsspitzen zu glätten. Hanspeter Belloni hat diese Problematik in seinem Votum ebenfalls angesprochen.

Es ist tatsächlich jetzt die geeignete Zeit, um zu investieren, jetzt wo das Geld billig ist. So konnten wir im Jahre 2011 ein Darlehen von 4,05 Prozent mit 1,37 Prozent ablösen. Im laufenden Jahr 2012 übrigens, Andreas Grubelnik, mussten wir noch keine neuen Darlehen aufnehmen.

Die Wirtschaftsentwicklung voraussagen zu müssen, Philipp Hofer, käme dem sprichwörtlichen Kaffeesatzlesen gleich. Die Zeichen sind aber positiv: Die Konjunkturprognosen für den Binnenmarkt wurden dieser Tage angehoben, und die Zinsen in der Schweiz dürften angesichts der andauernden Turbulenzen im Euroraum weiterhin tief bleiben.

Zu den Voten noch von Andreas Grubelnik und Philipp Hofer: Bei der Realisierung von Unterhaltsarbeiten bei Gemeindestrassen und für Kanalisationsarbeiten sind wir in hohem Masse auf die Zusammenarbeit mit externen Partnern angewiesen, um Synergien zu erzielen und letztendlich auch Kosten zu sparen.

Präsident Fabio Telatin: Wir schliessen das Eintreten ab und kommen zur materiellen Beratung. In der materiellen Beratung werden wir zuerst den Jahresbericht beraten und darüber abstimmen, anschliessend die Jahresrechnung beraten und ebenfalls abstimmen.

Wir beginnen mit der Beratung des Jahresberichts ab Seite 7: Ich werde jeweils die Berichte der einzelnen Ressorts aufrufen.

Wir starten mit dem Bericht des Parlaments Seite 8 und 9.

Elisabeth Tobler, SVP: Ich habe noch etwas zur Zusammenfassung zu sagen: Seite 3, im 3. Abs. heisst es: Das Thema Sanierung von Strassen und Kanalisationen, welches in den vergangenen 20 Jahren vernachlässigt wurde. Da möchte ich gerne darauf hinweisen, dass in den Jahren vor 1999 umfangreiche Kanal-Sanierungen und Strassen-Sanierungen vorgenommen wurden. Danach wurden diese Sanierungen zu kurzfristigen „Verbesserungen“ der Rechnung gestrichen oder eben immer wieder verschoben.

Präsident Fabio Telatin:

Stadtparlament: keine Bemerkung

Ressort Präsidium, Stadtmann Martin Klöti:
Seite 10 bis 12 keine Bemerkung
Seite 13

Bernhard Bertelmann, FGK: Nach wie vor wünschte sich hier die FGK detaillierte Informationen zum Personalwesen. Es sind lediglich drei Statistiken im Jahresbericht (S.13) aufgeführt. Trotz entsprechendem Hinweis der FGK in den letzten beiden Jahren sind diese erneut nicht genügend kommentiert.

Die FGK hat sich zudem mit der Zunahme der Ein- und Austritte beim Personal beschäftigt. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr markant angestiegen, liegen aber im langjährigen Schnitt im Rahmen. Die FGK wird die Entwicklung in den nächsten Jahren beobachten.

Luzi Schmid, CVP: Ich habe auch Bemerkungen zum Personalwesen. Ich habe auch zuerst den Bericht gelesen und dann die Antwort der FGK und bin zur gleichen Überlegung gekommen, habe aber einen Vorschlag. Es ist richtig, dass dieser Bericht gegessenes Brot ist. Es wird auch von der Stadt gesagt, das Pulver ist verschossen, aber man möchte doch noch wissen, welches Pulver wurde wohin verschossen. Das fehlt mir auf dieser Seite 13, man könnte auch von einer Unglückseite 13 sprechen, weil hier wirklich kein Informations-Gehalt vorhanden ist. Ich bitte die FGK, dass sie dem Stadtrat konkrete Anfragen für den nächsten Rechenschaftsbericht stellt, Vielleicht im Zusammenhang mit dem Budget oder in einem speziellen Antrag.

Wir wissen, das Thema Personalwesen ist gross in diesem Zusammenhang. Wir haben im letzten Budget über die Bauverwaltung gesprochen, eine kleine Baustelle, hier steht kein Wort, wie das weiter geht, ob es gut oder schlecht ist. Wir lesen in der Zeitung immer wieder vom Sozialamt, dass es sehr viele Wechsel gibt, da steht gar nichts drin. Dann sind noch, so nehme ich an, noch Anstellungsbedingungen, das sind Qualifikationsgespräche, Beurteilungsgespräche, da steht leider auch nicht drin, wie die verlaufen. Ob die Ziele eingehalten werden, auch allenfalls Kundenzufriedenheiten mit den Dienstleistungen, sogenannten Indikatoren, wären sehr interessant. Das ist keine Kritik am Personal selber, sondern das wären Informationen, die wir dann im Parlament besprechen könnten.

Hanspeter Belloni, SVP: Nicht nur die FKG wünscht sich detailliertere Informationen zum Personalwesen. Die SVP-Fraktion stellt fest, dass diese Informationen nach wie vor sehr spartanisch sind.

Das sollte sich nun endlich einmal ändern! Der aktuelle Stadtrat und Stadtammann "ad interim" haben es jetzt in der Hand.

Luzi Schmid hat es angesprochen, Dienstleistungen, zum Beispiel hat die Bevölkerung ein Recht darauf zu wissen, warum gerade eine öffentliche Institution wie die Stadtverwaltung sich erlauben kann, zwischen Weihnachten und Neujahr die Büros einfach geschlossen zu halten. Jedem sind Erholung und eine besinnliche Weihnachtszeit gegönnt, aber ist das noch Service Public?

Stadtammann a. i. Patrick Hug: Die FGK erhält jeweils einen detaillierten Personal-Controlling-Bericht, in welchem unter anderem sämtliche Ein- und Austritte ersichtlich sind. Der Stadtrat ist aber über die Bücher gegangen, wie Hanspeter Belloni jetzt angeregt hat, das haben wir bereits getan. Der Stadtrat wird in Absprache mit der FGK klären, was er aus diesem Bericht inskünftig in den Jahresbericht einfliessen lassen will.

Es können nämlich aus Datenschutzgründen nicht alle personalrelevanten Daten veröffentlicht werden, Luzi Schmid, und da bitte ich um Verständnis. Wir werden im nächsten Jahresbericht sicher ausführlicher berichten als auf dieser von Luzi Schmid zitierten unglücklichen Seite 13.

Seite 14

Riquet Heller, FDP: Zum Ausbau der Homepage: Ich stelle fest, dass dort, wie beschrieben ist, alles unter sechs Hauptnavigationspunkten abgelegt ist. Das sind auch alle rechtlichen Vorschriften. Wenn sie irgendetwas an rechtlichen Grundlagen suchen, haben sie das in sechs Abteilungen zu suchen. Das ist sehr mühsam und ein Rückschritt zur alten Darstellung der Homepage. Ich bitte dies inskünftig bei Veränderungen, wie sie beim Schluss des entsprechendem Absatzes dann angeführt sind, die Erstellung eines Apps oder generell einer mobilen Webseite 2012 ein Thema sein wird, zu berücksichtigen. Nämlich, dass sämtliche Rechtsvorschriften in einer eigenen File abgelegt werden und man nicht immer in sechs Files nachzusehen hat.

Präsident Fabio Telatin:

Seite 15

keine Bemerkungen

Seite 16

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Wir Sozialdemokraten und Gewerkschafter sind nicht glücklich über den Entscheid des Stadtrates, die Fachkommission Stadtentwicklung und Verkehr dicht zu machen. Wir überlegen uns, einen Antrag zu stellen, um wieder eine Verkehrskommission einzuführen. Ich hatte selber das Vergnügen, während acht Jahren die Verkehrskommission zu präsidieren. Ich habe immer wieder festgestellt, dass es ein sehr gutes Bindeglied zwischen Behörde und Bevölkerung ist.

Wenn ich schon am Mikrophon stehe, erlaube ich mir auch noch eine Bemerkung zu Seite 19 zu machen. Es ist ja schön und gut, wenn man Statistiken so graphisch darstellen will, aber dann sollte diese Graphik auch etwas aussagen und eine gerade leicht gekrümmte Linie sagt nichts aus, schon gar nicht, wenn die Zahlen dazu falsch sind.

Präsident Fabio Telatin:

Seite 17 und 18

keine Bemerkung

Ressort Einwohner / Sicherheit:

Seite 19 bis 21

keine Bemerkung

Seite 22

Arturo Testa, CVP/EVP: Ich fühle mich in Arbon wohl, weil ich mich sicher fühle. Ich geniesse die Spaziergänge am See mit der Familie, ohne dass ich mir Gedanken über die Sicherheit meiner Frau und Tochter machen muss.

Zu diesem Gefühl tragen die Patrouillen der Securitas einen wesentlichen Anteil bei. Die Qualität der Einsätze sollte an messbaren Grössen bewertet werden.

Somit komme ich zu der Frage: Wird eine Qualitätssicherung durch die Stadt durchgeführt? Kann der Stadtrat die Bewertungskriterien und den Intervall dieser Sicherung kurz erläutern?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Ich darf zugeben, das ist eine interessante Frage, die ich mir im 1. Jahr meiner Amtstätigkeit noch nicht gestellt habe. Du hast es richtig gesagt, es ist ein bewährter und zielführender Einsatz

Der Einsatz der Securitas ist in einem Stadtratsbeschluss geregelt. Diesem Beschluss liegt eine besondere Dienstvorschrift zwischen Stadt und Securitas zugrunde. Darin sind unter anderem die Einsatzgebiete geregelt. Diese werden in Zusammenarbeit mit den involvierten Schulbehörden, Kirchgemeinden, Firmen und auch auf Grund von Bevölkerungsreaktionen laufend angepasst und mit der Polizei abgestimmt. Das ganze Dispositiv wird laufend den aktuellen Bedürfnissen angepasst.

Im Moment ist die Stadt mit 16 Körperschaften und Firmen in diesen Patrouillendienst involviert. Wichtige Ereignisse werden laufend rapportiert und den Behörden weitergegeben. Zudem erhält die Stadt eine wöchentliche Berichterstattung und einen Jahresbericht.

Die Erfahrungen sind sehr positiv. In einer durch die Abteilung Einwohner und Sicherheit getätigten Umfrage bei den mitwirkenden und mitzählenden Partnerorganisationen sprechen sich alle für die Beibehaltung der bisherigen Überwachungsintensität aus.

Ab 2013 könnte es eine Änderung geben, ab dann sollte der Assistenzdienst durch die Kapo TG angeboten werden. Dies ist eine Dienstleistung durch die Kapo TG, verankert in der Änderung des Polizeigesetzes, welche verschiedene Vorteile haben könnte. Die Stadt Arbon wird voraussichtlich im 2013 den Auftrag neu ausschreiben und dabei die Qualitätssicherung und die Bewertungskriterien mit einbeziehen.

Ich möchte mich in diesem Sinne für diesen Hinweis zu einer möglichen Verbesserung dieses Dienstes für Sicherheit in der Stadt Arbon bedanken.

Präsident Fabio Telatin:

Seite 23 bis 25

keine Bemerkung

Ressort Finanzen:

Seite 26 bis 28

keine Bemerkung

Ressort Bau/Freizeit/Sport:

Seite 29 bis 34

keine Bemerkung

Seite 35

Hanspeter Belloni, SVP: Zu reden gab und gibt immer wieder das neue Konzept vom Strandbad Arbon.

Erlauben sie mir ein paar Gedanken auch zahlenmässig gegenüber der Rechnung 2010. Gegenüber der Rechnung 2009 haben die Kosten für das Strandbad um Fr. 24'000.-- zugenommen. In der Rechnung 2011 haben wir gerade mal eine Einsparung von Fr. 11'000.-- gegenüber 2010 machen können. Im Gegenteil, die interne Verrechnung mit dem Personalaufwand Werkhof hat sogar noch zugenommen. Der Stadtrat wäre gut beraten, wenn er das Konzept auf das nächste Jahr nochmals überdenken würde.

Folgende Punkte sind zu überlegen:

- Wieder einen vollamtlichen Bademeister für das Strandbad einstellen (nicht nur während der Hauptsaison).
- Dadurch ergeben sich Einsparungen für den Werkhof
- Zuweisung von mehr Verantwortung innerhalb eines Aufgabenheftes für den Bademeister (Entlastung für den Campingwart)
- Der Campingwart soll sich ganz dem Camping widmen können und nicht auch noch Aufsichtsfunktionen für das Strandbad übernehmen.
- Das Strandbad bekommt so wieder ein besseres Image auch gegen Aussen.

Stadtrat Reto Stäheli: Du sprichst mir aus dem Herzen. Wir sind jetzt an der Budgetplanung dran mit der neuen Bademeisterin, die wir jetzt rekrutieren konnten und die jetzt ihren Dienst aufgenommen hat. Wir wollen im 2013 das Anstellungsverhältnis ändern. Auch sind wir in der Diskussion, jetzt in der Budgetsituation drin, ob wir die belegte Öffnungszeit mit dem Bademeister ausweiten wollen, so dass eine längere Präsenzzeit vorliegen wird. Wir sind dran, wir haben den Ball aufgenommen, auch aus dem Feedback der Kundenbefragungen, die wir durchgeführt haben.

Präsident Fabio Telatin:

Seite 36

keine Bemerkung

Ressort Soziales/Gesellschaft

Seite 37 bis 41

keine Bemerkung

Seite 42 und 43

Bernhard Bertelmann, FGK: Die FGK stellt fest, dass die Rückerstattungen der Sozialhilfeleistungen dank Erhöhung der Stellenprozente zugenommen haben.

Die FGK erkundigte sich auch, wie die Situation bei der Sozialfirma Dock ist und ob tatsächlich auch Leistungskürzungen ausgesprochen werden, wenn Sozialhilfebezüger sich nicht korrekt verhalten.

Der Stadtrat gab an, dass 2011 105 Neuanmeldungen beim Sozialamt zu verzeichnen waren. 51 Klienten wurden neu in die Dock Arbon zugewiesen. 2011 wurden insgesamt 41 Leistungskürzungen ausgesprochen. In sieben Fällen wurde die Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen wegen wiederholtem Nichteinhalten der Weisungen eingestellt. Diese Leistungskürzungen weisen aus Sicht der FGK darauf hin, dass im Sozialbereich in Arbon konsequent gearbeitet wird.

Seite 43

Hanspeter Belloni, SVP: Vielleicht wiederhole ich mich teilweise zu meinem Vorredner. Wir wissen, oder haben gehört, dass 105 Neuanmeldungen beim Sozialamt zu verzeichnen waren.

Da sich beim Sozialamt immer mehr ausgesteuerte Personen melden, stiegen auch die Zuweisungen in die Dock Arbon, was eine Erhöhung der Bruttokosten für die Dock Arbon zur Folge hatte. 2011 wurden 51 Klienten neu der Dock Arbon zugewiesen.

Diese Zahlen sind interessant, gehören sicher auch in dieses Thema.

Beiträge Anmeldungen Dock:

- 2010: Fr. 0.--
- 2011: Fr. 44'800.--

Beitrag an Sozialfirma:

- 2010: Fr. 971'156.15
- 2011: Fr. 1'167'867.35, das sind plus 20 Prozent

Das sind total alles fast 25 Prozent.

Wir sehen auf der Seite 43, dass 2011 121 Personen im Dock Arbon angestellt waren.

Die Wirksamkeit vom Dock Arbon wirft insofern Fragen auf, als das Sozialamt bei 41 Personen Leistungskürzungen und bei sieben, das haben wir auch gehört, sogar die Leistungen ganz eingestellt hat.

Die Steuerzahler der Stadt Arbon bieten ausgesteuerten Sozialhilfeempfängern die Chance, wieder einer regelmässigen Arbeit nachzugehen. Aber es gibt scheinbar Menschen, die nicht einmal dies zu schätzen wissen.

Der Stadtrat müsste sich vielleicht einmal überlegen, was für Massnahmen hier ergriffen werden könnten.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Ich wäre dankbar, wenn wir vorgängig solche Themen besprechen könnten. Du sprichst hier ein interessantes, ein aber auch komplexes Thema an. Dem gebührt eine kompetente und erarbeitete Antwort, die ich dir gerne noch geben würde. Hier einfach aus dem Stegreif zu Sprechen ist doch etwas schwierig und oberflächlich, was auch der Würde dieses Gremiums nicht angemessen wäre. Trotzdem möchte ich noch ein paar Gedanken dazu sagen.

Du erwähnst die Bruttokosten des Docks, wie die Rechnung ausweist, netto reden wir über Fr. 120'000.--. Das Dock, diese Kosten, Fr. 120'000.-- bestehen aus einer Aufnahmegebühr und den Sozialversicherungen. Der Lohn, der bezahlt wird, ist wiederum Teil des Budgets der Sozialhilfeempfänger.

Kurz noch zu den Zahlen dieser Leistungskürzungen: Sie sind richtig, wir nehmen Leistungskürzungen vor und ich kann diese nur bestätigen. Trotzdem gestatten sie mir dazu einige Ergänzungen. Wenn aus dieser einzelnen Zahl, Detailzahl, Rückschlüsse zu Fragen des Engagements oder gar der Effizienz, der Arbeit der Sozialen Dienste abgeleitet wird, würde das diesem Bereich mit einem Geschäftsvolumen von gut jährlich 15 Mio. Franken in keiner Weise gerecht.

Die Sozialen Dienste sind weder Sanktions- noch Strafbehörde. Die Sozialen Dienste erfüllen einen Auftrag der staatlichen sozialen Hilfe und dies auf Grundlage eines gesetzlichen Auftrags, ergo im Auftrag des Volkes, von uns allen. Dies als letzte Instanz für Menschen, die aus welchen Gründen auch immer, psychisch, physisch, aus wirtschaftlicher Betroffenheit, mit dem Rhythmus dieser Gesellschaft temporär oder permanent nicht mithalten können.

Ihr Kernauftrag ist ein pro aktiver Auftrag und besteht darin, den Menschen vor den Folgeschäden zu bewahren und ihm Wege aufzuzeigen, sich wieder, immer im Rahmen seiner Möglichkeiten, in Eigenverantwortung und in grösstmöglicher Selbständigkeit im Leben zurechtzufinden. Engagement und Effizienz der Arbeit, der Sozialhilfebehörde misst sich und muss sich daher an anderen Kriterien messen als am Grade der Leistungskürzungen.

Diese stellen eine Art ultimo ratio dar und zwar für die Fälle, wo die Sozialhilfebehörde zum Schluss gelangt, dass der betroffene Mensch in einem seinen Umständen angemessenen und zumutbaren Rahmen sich der Annahme der Hilfestellung verweigert. Die Frage der Zumutbarkeit ist oft eine Frage der Einschätzung. Bei aller Professionalität, allfälliger Fehlbeurteilung oder gar Willkür entgegen zu wirken, ist jede Leistungskürzung mit einer Rechtsbelehrung verbunden, wenn immer möglich mit mündlicher Erklärung, stets jedoch in schriftlicher Form.

Präsident Fabio Telatin:

Seite 445 und 45

keine Bemerkungen

Damit haben wir den Jahresbericht abgeschlossen. Gibt es Rückkommensanträge?

Wir kommen nun zur Abstimmung des Jahresberichtes. Der Stadtrat beantragt ihnen, den Jahresbericht zu genehmigen. Auch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, diesem Antrag zuzustimmen

://: Der Jahresbericht 2011 der Stadt Arbon wird einstimmig angenommen

Wir kommen zur Beratung der Jahresrechnung 2011 ab Seite 47.

Ich schlage ihnen vor, dass ich die funktionalen Hauptbereiche mit den Kontengruppen bei der Laufenden Rechnung vorlese, ihnen aber genügend Zeit einräume, bei Fragen das einzelne Konto mit der Nummer zu nennen. Ich denke wir haben uns ja alle gut vorbereitet.

Dann beginnen wir Seite 48 Finanzierungsnachweis:

Bernhard Bertelmann, FGK: Eine Vorbemerkung von Seite der FGK: Die FGK hat sämtliche Nachtragskredite und Kreditbeschlüsse erhalten und auch eingesehen. Ich werde nicht mehr bei den einzelnen Konten dazu etwas sagen.

Präsident Fabio Telatin:

Laufende Rechnung

10 Allgemeine Verwaltung:

keine Bemerkung

11 Öffentliche Sicherheit:

keine Bemerkung

13 Kultur und Freizeit:

keine Bemerkung

14 Gesundheit:

keine Bemerkung

15 Soziale Wohlfahrt:

keine Bemerkung

16 Verkehr:

keine Bemerkung

17 Umwelt und Raumordnung:

keine Bemerkung

18 Volkswirtschaft:

keine Bemerkung

19 Finanzen und Steuern:

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Konto 1945 Div. Liegenschaften des Finanzvermögens. Wir freuen uns alle uni sono über den kleinen Überschuss der Rechnung. Ein kleiner Anteil dieses Überschuss kommt vom Verkauf der Parzellen an der Weinbergstrasse, bzw. Blumenhaldenstrasse. Diese wurden für einen, ich möchte sagen, Freundschaftspreis abgegeben. Dass uns dadurch aber jährlich Fr. 11'000.-- an Baurechtszinsen abgehen, wird anscheinend gerne in Kauf genommen. Ich finde, der Stadtrat muss sich gut überlegen ob Liegenschaftsverkäufe wirklich im Sinne der Allgemeinheit sind, wie zum Beispiel, was auch ansteht, die Bahnhofstrasse 24.

Stadtmann a. i. Patrick Hug: Der Stadtrat nimmt dieses Votum zur Kenntnis, möchte aber klarstellen, dass es sich hierbei nicht um einen Freundschaftspreis gehandelt hat. Der Stadtrat hat abgewogen, ob er diesen jahrzehntelang dauernden Vertrag mit dem Baurechtszins fortführen will, mit den, ich meine doch bescheidenen Einnahmen, oder ob er diese Parzellen jetzt verkaufen möchte.

Ich meine, wir haben diese verkauft für einen anständigen Preis, noch einmal, kein Freundschaftspreis.

Präsident Fabio Telatin:

1946 Rathausgasse 1-3

1948 bis 1999

keine Bemerkung

keine Bemerkung

Präsident Fabio Telatin: Damit haben wir die Laufende Rechnung erledigt. Sind Fragen zu den Darstellungen der Seite 83 bis 88?

Dann fahren wir weiter mit der Materiellen Beratung der Investitionsrechnung.

Investitionsrechnung Seite 89: Ich werde wieder gleich vorgehen.

10 Allgemeine Verwaltung:

keine Bemerkung

11 Öffentliche Sicherheit:

keine Bemerkung

13 Kultur und Freizeit:

keine Bemerkung

14 Gesundheit:

keine Bemerkung

16 Verkehr:

keine Bemerkung

17 Umwelt und Raumordnung:

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: 174003. 503 Projektkosten Friedhofgärtnerhaus (Rebenstrasse 70): Die Investitionsrechnung beim Friedhofgärtnerhaus weist für Projektkosten Neubau einen Betrag von Fr. 21'300.-- aus. Ich nehme an, das sind die Kosten für die Neuberechnung gewesen? Gerne würde ich wissen, wie das Ergebnis der Neuberechnung aussieht, wie die Kostenberechnung aktuell aussieht, bis wann mit dem Bau endlich begonnen werden soll? Die Kreditabstimmung war im Herbst 2010 und ob es der damaligen Kreditvorlage auch entspricht?

Stadtrat Reto Stäheli: Wie wir schon mitgeteilt haben, haben wir bis Ende Juni die Kosten zusammen, noch nicht alles definitiv. Wir werden im Stadtrat alles weitere Vorgehen diskutieren und beraten. Wenn wir wissen, wie wir weiter gehen wollen, werden wir die FGK einladen und mit ihnen dann das weitere Vorgehen besprechen. Ich kann noch keine neueren Zahlen geben, aber es kommt, wir sind am Arbeiten.

Präsident Fabio Telatin: Die Investitionsrechnung ist durchberaten, wir kommen zur Bestandesrechnung. Wir machen weiter mit Seite 102:

Die Aktiven:

keine Bemerkung

Die Passiven: keine Bemerkung

Geldflussrechnung: keine Bemerkung

Kennzahlen: keine Bemerkung

Seite 115 bis 135, den Anhang müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Somit kommen wir zur Abstimmung der zwei verbleibenden Anträge des Stadtrates. Ich werde diese getrennt vornehmen, stelle diese Anträge aber noch zur Diskussion, oder stellt jemand einen Rückkommensantrag zur Rechnung?

Die Jahresrechnung 2011, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), sei zu genehmigen.

://: Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig genehmigt.

Wir kommen zum Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2011 von Fr. 19'023.36 sei dem Eigenkapital gutzuschreiben.

://: Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig genehmigt.

Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördenreferendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage vom Tage der Bekanntmachung der Beschlüsse an gerechnet. Wird das Referendum nicht ergriffen, sind die Beschlüsse rechtsgültig. Ich frage sie an, ob jemand das Behördenreferendum ergreifen möchte?

Ich bedanke mich beim Präsidenten Bernhard Bertelmann und bei allen übrigen FGK-Mitgliedern für die gute Arbeit.

3. Botschaft "Entschädigung Stadtmann ad interim ab 1. Juni 2012" Eintreten, materielle Beratung, Beschluss

Präsident Fabio Telatin: Zum Eintreten übergebe ich das Wort Christine Schuhwerk.

Christine Schuhwerk, FDP: Die vom Parlament eingesetzte Kommission hat sich in einer Sitzung getroffen und sich den Auftrag mit dem Ziel gesetzt, die stadträtliche Botschaft zu überprüfen und dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten.

Die Zusammensetzung der Kommission ist wie folgt:

Roman Buff CVP/EVP, Präsidium, den ich heute aus gesundheitlichen Gründen vertrete, Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso, Hanspeter Belloni, SVP, Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso und meine Person.

Herzlichen Dank an die Kommissionsmitglieder für die gute Zusammenarbeit. Martin Klöti und Mischa Vonlanthen danken wir für die noch benötigten Zusatzinformationen zur Erstellung dieses Berichtes.

Die Amtszeit des Stadtmanns ad interim hat bereits am 1. Juni 2012 begonnen und endet voraussichtlich per 31. Dezember 2012. Patrick Hug wird die anfallenden Amtsgeschäfte des bisherigen Ressorts Finanzen und des Ressorts Präsidium in einem Pensum einer 100% Stelle ausführen. Die Entschädigungen Stadtrat und des Vizestadtmanns entfallen.

Dass sich ein Mitglied aus dem Stadtrat für die Übergangszeit zur Verfügung stellt, findet die Lohnkommission als eine gute Lösung, im Wissen auch, dass jede andere, externe Lösung teurer zu stehen käme und ist einstimmig für Eintreten.

Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion der SP-Gewerkschaften-Juso ist für Eintreten. Patrick Hug hat sein Amt als Stadtmann ad interim per 1. Juni 2012 angetreten. Die Behandlung dieses Geschäfts ist daher notwendig.

Bei Löhnen, insbesondere von Personen im öffentlichen Dienst, stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien das Gehalt festgesetzt wird und ob der Betrag fair und angemessen ist. Das zweite Kriterium stellt dabei den eigentlichen Kern des Pudels dar.

Die vom Stadtrat vorgeschlagene Grundentschädigung stützt sich auf das für das städtische Personal geltende Lohnsystem, welches diverse Lohnklassen vorsieht. Dieses Lohnsystem ist in Art. 39 und im Anhang des Personal- und Besoldungsreglements vom 28. Oktober 2008 geregelt. Die Grundentschädigung von Fr. 169'000.-- knüpft dabei an die höchste Lohnklasse innerhalb dieses Lohnsystems an und entspricht, wie es vorhin Christine Schuhwerk erwähnt hat, der anfänglichen Entlohnung von alt Stadtmann Martin Klöti. Die Koppelung an den ursprünglichen Lohn von Martin Klöti gab in unserer Fraktion zu keiner Diskussion Anlass, da auf diesem Wege eine faire Entschädigung festgesetzt werden konnte. Die Botschaft als solche fand daher grossmehrheitliche Zustimmung.

Claudia Zürcher, FDP: Ich bedanke mich im Namen der FDP bei der vorbereitenden Kommission für die geleistete Arbeit.

Die FDP ist sich bewusst, dass es nicht selbstverständlich ist, dass Vize-Stadtmann Patrick Hug sich bereit erklärt hat, die Stelle des Stadtmanns ad interim zu übernehmen und damit verbunden von seinem Arbeitgeber für diese Zeit freigestellt wurde, wäre es doch ein schwieriges und mit zusätzlichen Kosten verbundenes Unterfangen gewesen, diese Vakanz anderweitig zu überbrücken. Im Wissen darum und auch im Wissen, dass die Übergabe durch Ex-Stadtmann Martin Klöti sorgfältig vorbereitet wurde, sehen wir dieser Übergangszeit beruhigt entgegen. So ist diese Situation nicht vergleichbar mit der Stellvertretung durch Veronika Merz. Dadurch, dass gleichzeitig gewisse Entscheide zurückgestellt werden können und dass die Einsitznahme durch den ad interim Stadtmann nicht in allen Gremien erfolgen wird, kann davon ausgegangen werden, dass Patrick Hug das Amt des Stadtmanns zu 75 Prozent und das Ressort Finanzen zu 25 Prozent in geordneten Bahnen weiterführen kann, zumal er auf die kompetente Unterstützung von Seiten der Mitarbeiter der Stadt zählen kann.

Wir sind froh, so eine für alle Beteiligten gute Lösung gefunden zu haben. Die FDP ist für Eintreten.

Hanspeter Belloni, SVP: Als Mitglied der Lohnkommission präsentiere ich Ihnen im Namen der SVP Fraktion deren Meinung und Haltung.

Die SVP-Fraktion bedankt sich bei Patrick Hug für seine Bereitschaft, das Stadtmannamt ad interim auszuüben. Es ist in der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit mehr, einen Arbeitgeber zu haben, der zu solchen Schritten bereit ist.

Die SVP-Fraktion kann mit dem Vorschlag vom Stadtrat gut leben, zumal es unter dem Strich Einsparungen geben wird.

Allein die Differenz zum Lohn von Martin Klöti macht über Fr. 34'000.-- per annum aus. Wenn man noch berücksichtigt, dass Patrick Hug auf seinen Lohn als Vize und Stadtratsmitglied verzichtet, ergeben sich sogar Einsparungen von über Fr. 80'000.-- per annum.

Die SVP-Fraktion schliesst sich dem Bericht des Präsidenten an und ist für Eintreten. In der materiellen Beratung erlaubt sich die SVP-Fraktion, auf einen Punkt noch im Detail einzugehen und einen Antrag zu stellen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: So schnell kann es gehen und man ist plötzlich stellvertretender Vize-Fraktionspräsident und muss da am Mikrophon stehen, ohne in der Kommission dabei gewesen zu sein. Noch ein Wort, Roman Buff musste ins Spital, Kaspar Hug ist in den Ferien. Ein Wort noch zu Roman Buff: Er hat mich angerufen, er musste notfallmässig ins Spital. Das passiert offenbar auch bei Ärzten, macht ihn menschlicher, kann euch aber beruhigen, er ist auf gutem Wege und wird in paar Tagen das Spital wieder verlassen.

Nun die Meinung der CVP/EVP-Fraktion. Ich kann vorwegschicken, dass der betroffene Patrick Hug keinen Sympathie-Bonus genossen hat. Wir haben das sehr genau und gründlich diskutiert und angeschaut und finden die Begründungen sowohl des Stadtrates, wie auch die Meinung der Kommission in Ordnung und begründet. Die Entschädigung ist in Ordnung.

Ein kleines Wort noch, bin noch nicht beim Detail, zu dieser Grossratsentschädigungsabgabe: Wir finden es ein bisschen kleinlich, dass man hier, man weiss ja, das ad interim heisst ja auch, dass das ein Zeitablauf ist, dass maximal ein halbes Jahr diese Entschädigungen auszurichten sind, nachher ist eine andere Zeit, das ist also ein Ablaufdatum. Hier um ein paar hundert Franken, sind es auch tausend Franken, sich zu streiten oder zu diskutieren, lohnt sich nicht, wenn man, wie gehört wurde, was da eingespart wird, kann man das nicht genug betonen. Es wird ja gegenüber dem Budget einiges eingespart, wenn man den Lohn von Martin Klöti vergleicht, wenn man weiss, dass das Stadtrathonorar als Vize-Stadtammann und als Finanzier wegfällt und er beide Aufgaben erfüllt. Fraktion CVP/EVP wird dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Im Namen des Stadtrates bedanke ich mich für die sehr positive Aufnahme unserer Botschaft betreffs der Entschädigung Stadtammann ad interim.

Ich danke ihnen für die sachliche Diskussion zu diesem doch sehr sensiblen Thema, denn wer spricht schon gerne in aller Öffentlichkeit über die Höhe seines Gehaltes. Man kann sagen, dass dies zu einem öffentlichen Amt gehört und natürlich ist dies auch so. Heikel ist es allzumal, denn nach welchen Massstäben wird ein öffentliches Amt beurteilt. Ich bin froh haben wir dies heute mit der nötigen Sorgfalt getan oder tun wir es noch. Von daher danke ich auch der vorberatenden Kommission und ihrem Präsidenten für die angenehme Zusammenarbeit.

Erwähnen möchte ich noch, dass bei den Beratungen im Stadtrat der Stadtammann ad interim, damals noch Stadtrat, Patrick Hug, in den Ausstand getreten ist und an den Beratungen nicht teilgenommen hat.

Der Stadtrat hat sich bei seinen Erwägungen auch auf die Erfahrung der letzten Übergangszeit zwischen Lydia Buchmüller und Martin Klöti, damals füllte Veronika Merz diese Lücke aus, abgestützt. Damals wie heute sind wir überzeugt, mit der nun wiederum vorgeschlagenen ad interim Lösung, die richtige Lösung für ein optimales Weiterfunktionieren der veraltungstechnischen Ebenen zu garantieren.

Seit dem 1. Juni ist Patrick Hug Stadtammann ad interim. Die erste Stadtratssitzung ist geleitet, das erste Zeitungsinterview erschienen und die Agenda und der Terminkalender füllen sich zunehmend. Die Arbeitszeit beträgt weit über 50 Stunden pro Woche. Darin enthalten sind vor allem auch Repräsentationspflichten. Diese sind ein wesentlicher Teil der Visitenkarte unserer Stadt. Wir sind froh, weiterhin mit unserem Stadtammann ad interim gut vernetzt zu sein in Frauenfeld, sei dies über den Kantonsrat, sei dies in anderen Delegationen oder Verwaltungsräten.

In diesem Sinne freuen wir uns auf eine ebenso sachliche wie materielle Beratung.

Präsident Fabio Telatin: Somit ist das Eintreten geschlossen, wir kommen zur materiellen Beratung.

Christine Schuhwerk, FDP: Die Lohnkommission hat breit diskutiert und steht hinter den Anträgen im Kommissionsbericht. Eine Ausnahme zur Entschädigung für die Tätigkeit im Grossen Rat. Davon wird die Hälfte des Betrages an die Stadt abgeliefert. Diesen Antrag stellt die Lohnkommission mit 4:1 Stimmen. Ein Kommissionsmitglied findet jedoch, dass die ganze Entschädigung der Tätigkeit im Grossen Rat der Stadt abgeliefert werden sollte.

Ansonsten haben wir nichts Spezielles zu sagen und verweisen auf den Kommissionsbericht.

Hanspeter Belloni, SVP: Bei der Entschädigung für die Tätigkeit im Grossen Rat, wie bereits erwähnt, wünscht sich eine Mehrheit der SVP-Fraktion, dass Patrick Hug den ganzen Betrag an die Stadt abliefern. Der Grund liegt darin, dass die Vor- und Nachbearbeitung der Ratstermine mit grosser Wahrscheinlichkeit während der Arbeitszeit passiert und diese ja bezahlt ist.

Im Namen einer Mehrheit der SVP Fraktion stelle ich ihnen hiermit den Antrag, dass Patrick Hug die Entschädigung für die Tätigkeit im Grossen Rat vollumfänglich an die Stadt abzuliefern hat.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Im Gegensatz zu meinem Vorredner weiss ich, um was es geht bei der Vorbereitung und Nachbereitung einer Grossratssitzung. Diese Arbeiten können kaum während der Arbeitszeiten gelöst werden, das ist Nacharbeit. Das ist nicht nur Nacharbeit bei mir, sondern, da bin ich überzeugt, auch Nacharbeit bei Patrick Hug, neben all den Repräsentationen, die er zu erledigen hat. Wenn nun der Stadtrat hier sich nun auf eine gute Lösung geeinigt hat mit diesen 50 Prozent, finde ich es sehr kleinlich, da jetzt noch ein paar Franken wegzuschinden. Ich mache ihnen beliebt, den Antrag, so wie er von der Kommission dasteht, Folge zu leisten

Cyrill Stadler, FDP: Seitens der FDP-Fraktion haben wir uns gefragt, wie das mit Martin Klöti gehandhabt wurde. Ich gebe Peter absolut Recht, es geht hier um einen nicht sehr wesentlichen Betrag und wir sind der Meinung es sollte so gehandhabt werden, wie es bei Martin Klöti auch geregelt wurde.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Ich beantworte sehr gerne diese Frage von Cyrill Stadler. Seit 1999 wird die Entschädigung im Kantonsrat abgegeben. Vorher war das nicht so, seit 1999 wird die Entschädigung für die Tätigkeit im Kantonsrat der Stadt abgegeben.

Ich habe noch eine Begründung: Was beinhaltet diese Entschädigung und warum kommt der Stadtrat zum Schluss, die Hälfte der Entschädigung von Patrick Hug zu belassen.

In dieser Entschädigung ist die Tätigkeit im Kantonsrat und die Tätigkeit in der Fraktion des Grossen Rats, in diesem Falle in der Fraktion der CVP enthalten. Einige der Vorbereitungen für diese verschiedenen Sitzungen finden notgedrungen in der Freizeit statt, das hat Peter Gubser bereits erwähnt. Andererseits finden Fraktionssitzungen jeweils zwischen 07.00 und 09.00 Uhr, vor der Kantonsratssitzung, das heisst ebenfalls in einem Teil der Freizeit, statt. Das heisst für die Parlamentarier in Frauenfeld jeweils frühmorgens um 06.00 Uhr Arbon Richtung Frauenfeld zu verlassen und am Mittag nach getaner Arbeit aus Frauenfeld zurück in Arbon den Arbeitstisch gefüllt vorzufinden und dort weiterzumachen.

Mit anderen Worten erledigt der Stadtmann ad interim ein Amt nach dem anderen. Patrick Hug hat zudem Einsitz in einer Kommission des Grossen Rates. Er sitzt in der gewichtigen Kommission der GFK, der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission und da wäre es unsinnig, ihn für dieses Engagement zu bestrafen mit einer 100 prozentigen Ablieferung des Betrages. In dieser GFK findet ein zusätzliches Engagement und ein Netzwerk statt. In diesem Sinn bitte ich im Namen des Stadtrates, den Antrag der SVP abzulehnen.

Silke Sutter Heer, FDP: Als Erstes erstaunt mich das Wort Bestrafung. In diesem Fall wurden die Vorgänger bestraft, indem sie 100 Prozent abgeben mussten. Meines Wissen waren diese beiden Vorgänger auch in Kommissionen, hatten ihre Fraktionssitzungen zur gleichen Zeit. Diese Argumentation hinkt ein klein wenig. Es ist eine 180 Grad Kehrtwende, über die offensichtlich in der Kommission nicht diskutiert wurde, die ich auch nicht so wirklich aus den Unterlagen entnommen habe. Die Frage ist, soll diese Praxis dann konstant geändert werden, offensichtlich ist man dieser Meinung und offenbar ist man der Meinung, dass das eine Art Bestrafung sein soll. Dem Argument kann ich nicht ganz folgen inhaltlich. So hat es auch nie jemand, der betroffen war vorher, gesehen. Das ist für mich wirklich relativ überraschend, wie das heute Abend dargestellt wird.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Entschuldigen sie, wenn ich einfach so das Mikrophon behändige. Ich bin soeben informiert worden, ich habe heute Nachmittag die Protokolle aus den Stadtparlamentssitzungen 2007, der ich als Präsident vorstand, durchgelesen. Dort habe ich nirgends gelesen, dass Martin Klöti die Hälfte des Stadtratsmandats abgegeben hat. Dem ist offensichtlich so, das wurde in dieser Verhandlung aber nicht erwähnt. Ich habe wirklich heute Nachmittag das Protokoll vollständig durchgelesen. Das ist aber in der Parlamentssitzung so nicht erwähnt worden. Patrick Hug sagt mir nun, auch Martin Klöti hat die Hälfte des Kantonsratsmandats inkl. der Fraktionsentschädigung behalten können. Das war bei Martin Klöti schon so.

Elisabeth Tobler, SVP: Ich entnehme der Laufenden Rechnung, Allgemeine Verwaltung: Da steht unter 1012.4520 Mandatsentschädigung Stadtammann, da steht zum Beispiel bei Rechnung 2010 Fr. 12'377.35, dann wurde Fr. 17'500.-- budgetiert. Martin Klöti hat aber das Präsidium der Baukommission gehabt und deshalb ist diese Entschädigung nun Fr. 21'621.45. Ich meinte, ich mag mich erinnern, dass Martin Klöti selber gesagt hat, dass er alles abgibt, was er vom Kantonsrat erhält.

Silke Sutter Heer, FDP: Ein Vorschlag zur Güte, offensichtlich wurde diese Frage im Vorfeld tatsächlich nicht geklärt, weder von der einen noch von der anderen Seite. Mein Vorschlag ist, dass wir den Antrag entsprechend abändern und sagen: Die Regelung ist gleichlautend, wird gleich gehandhabt wie zur Zeit des Vorgängers. Es ist eine Interimslösung, die anknüpft an die Vorgängerregelung und dass man das gleich macht. Dann kann man das nochmals ganz genau abklären und es wird dann gleich gehandhabt in Zukunft.

Präsident Fabio Telatin: Somit ist die Diskussion zur materiellen Beratung geschlossen, wir kommen zur Abstimmung.

Ist Hanspeter Belloni, SVP einverstanden mit dem Antrag von Silke Sutter Heer, FDP oder soll ich abstimmen lassen, so wie ich ihn hier vor mir habe gegenüber dem Antrag der Kommission?

Silke Sutter Heer, FDP: Dann wäre es so, dass Hanspeter Belloni und ich gemeinsam diesen Antrag umformulieren, er seinen Antrag zurückzieht und so angepasst wird, wie ich ihn formuliert habe. Wenn du das schriftlich haben willst, musst du mir den Antrag von Hanspeter Belloni geben. Ich kenne den nicht auswendig, so können wir ihn entsprechend abändern.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich war mir doch sicher, da war doch irgendwo etwas in der Botschaft. Da steht auf Seite 2 der Botschaft, da wird in der Erwägung aufgelistet, was Martin Klöti alles verdient und im 2. Absatz steht, dass sämtliche Honorare von Ratsmandaten an die Stadt abgeliefert werden. Als letzter Satz steht: „Eine Ausnahme bildet die Entschädigung für die Tätigkeit im Grossen Rat, wo die Hälfte des Betrages an die Stadt abgeliefert wird.“ Das betrifft doch Martin Klöti, die Frage ist beantwortet, besten Dank.

Präsident Fabio Telatin: Stimmen wir zuerst über den Antrag von Hanspeter Belloni, SVP und Silke Sutter Heer, FDP ab.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Wenn in der Botschaft des Stadtrates, wie Luzi Schmid richtig gesagt hat steht: „ Eine Ausnahme bildet die Entschädigung für die Tätigkeit im Grossen Rat, wo die Hälfte des Betrages an die Stadt abgeliefert wird.“ Das steht in der Botschaft, die Martin Klöti unterzeichnet hat, dann gehe ich davon aus, dass diese Angabe richtig ist. Dann können wir doch jetzt dem, so wie er von der Lohnkommission gestellt ist, zustimmen und müssen da nicht noch einmal Schabernack machen.

Silke Sutter Heer, FDP: Bestrafungen, Schabernack, es ist so, dass hier zwei, drei oder vier Aussagen im Raum stehen. Es steht in der Botschaft nur, dass es eine Ausnahme ist, nicht wie viel Martin Klöti abgegeben hat. Wir haben ja vorhin zwei verschiedene Meinungen gehört, da steht nichts drin und deshalb wäre ich eigentlich wirklich dankbar, wenn das fundiert abgeklärt würde. Ich weiss es nicht auswendig. Elisabeth Tobler ist auf Grund der Rechnung zum Schluss gekommen, es müssen 100 Prozent sein, die Rechnung aber gibt es auch nicht her. Konrad Brühwiler hat etwas anderes behauptet, hat offenbar heute Morgen noch das Protokoll gelesen und hat diese Aussage in den Raum gestellt. Woher soll ich wissen, was wirklich stimmt, ich finde das schon etwas schwierig. Man kann einfach sagen, man ist für 50 Prozent unabhängig davon, was Martin Klöti abgegeben hat oder man kann sich dem Antrag anschliessen, den wir gestellt haben und sagen, es herrscht Gleichbehandlung, es soll gleich viel abgegeben werden.

Christine Schuhwerk, Kommission: Wir haben diese Frage wirklich diskutiert in der Lohnkommission und wir folgen den Anträgen des Stadtrates. Wir haben das besprochen und wie gesagt, ein Mitglied war nicht einverstanden. Ich muss Peter Gubser wirklich helfen, Martin Klöti hat das unterschrieben. Er wird wohl nicht darüber gestolpert sein oder es übersehen haben. Hätte, wäre, wenn kann man sagen, aber denken sie daran wie viel das ist und wie lange wir jetzt darüber reden.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Zur Präzisierung zu 2007, ich habe den Antrag nicht gelesen. Wenn dieser Satz zur Hälfte im Antrag stand, dann ist er nicht protokolliert. Zu den Angaben von Elisabeth Tobler, diese Rechnung 2011, da muss man schon berücksichtigen, da sind nicht nur die Kantonsratsmandate, da sind noch Delegationen- und Verwaltungsratsmandate darin enthalten. Deshalb erscheint dieser Betrag so hoch. Das ist nicht die reine Tätigkeit im Kantonsrat, sondern da sind noch andere Entschädigungen dabei.

Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso: Selbst wenn Martin Klöti alles abgegeben hätte, hier geht es um ein Interimsamt, es ist nur für eine bestimmte Zeit. Da kann man auch ein bisschen Ermessen walten lassen und den Anträgen in der Botschaft so folgen.

Elisabeth Tobler, SVP: Auf der Seite 2, die Luzi Schmid da zitiert, das betrifft alles Patrick Hug, das betrifft nicht Martin Klöti. Hier steht oben ausdrücklich, Patrick Hug und was er alles für Erfahrungsschatz hat usw. und dann kommt die Grundentschädigung, Repräsentationsspesen, Fahrtentschädigung usw., das betrifft Patrick Hug. Deshalb möchte ich beliebt machen, dass wir abstimmen über den Antrag, den Silke Sutter Heer und Hanspeter Belloni, SVP, gemacht haben.

Stadtrat Reto Stäheli: Wenn wir unter den Erwägungen sehen, die Entschädigung des Stadtammanns auf Seite 1 und die Tabelle unten aufnehmen, folgen wir auf der Seite 2 immer noch unter den Erwägungen, das sind immer noch die sämtlichen Honorare aufgeführt, exklusiv die Hälfte des Grossen Rats und das ist auch so gehandhabt worden. Das weiss ich auch noch, das haben wir dazumal im Parlament diskutiert, weil dazumal hälftig als Abgabe enthalten war. So wie ich mich erinnern kann, hat Martin Klöti gesagt, wenn ihr das nicht wollt, könnt ihr alles haben. Man hat dann die Botschaft so gelassen, wie sie ist.

Riquet Heller, FDP: Ich meine, Stadtrat Reto Stäheli hätte den Nagel auf den Kopf getroffen. Die 50 Prozent-Regelung ist zweimal erwähnt, oben auf der Seite, wo es den alten Stadtammann betrifft und noch einmal, wo es den Präsidenten ad interim betrifft. Indem in der Botschaft zweimal erwähnt wird, 50 Prozent, und nicht der volle Betrag als Ausnahme zum Grundsatz der Ablieferungen der Entschädigungen, ist klar: Auch Martin Klöti hat nur 50 Prozent seines Grossratshonorars abgeliefert. Demzufolge bitte ich sie, dem Entscheid der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Präsident Fabio Telatin: Schliessen wir die Diskussion, wir kommen zur Abstimmung, ich glaube, ich wiederhole mich hier.

Zuerst stimmen wir über den Antrag von Hanspeter Belloni, SVP und Silke Sutter Heer, FDP ab.

Im Namen einer grossen Mehrheit der SVP-Fraktion stelle ich ihnen den Antrag, dass Patrick Hug die Entschädigung für die Tätigkeit im Grossen Rat im gleichen Umgang an die Stadt abliefern, wie dies sein Vorgänger getan hat.

://: Der Antrag von Hanspeter Belloni, SVP und Silke Sutter Heer, FDP wird mit 14 zu 11 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen.

Präsident Fabio Telatin: Der Stadtrat beantragt ihnen, der Entschädigung für den Stadtmann ad interim ab 01. Juni 2012 gemäss Erwägungen der Botschaft zuzustimmen.

Die Kommission stellt dem Parlament folgende Anträge gemäss Art. 32, Ziff 8 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon:

1. Dem Antrag des Stadtrates „Entschädigung für den Stadtmann ad Interim“ mit einer Grundentschädigung von Fr. 169'000.-- pro Jahr (inkl. 13. Monatslohn), Repräsentationsspesen von Fr. 12'000.-- pro Jahr und Fahrtentschädigung von Fr. 6'000.-- pro Jahr ist zuzustimmen. Diesen Antrag stellt die Lohnkommission einstimmig.

2. Die Honorare von Ratsmandaten und Delegiertenentschädigung werden voll an die Stadt abgeliefert. Diesen Antrag stellt die Kommission einstimmig.

Eine Ausnahme bildet die Entschädigung für die Tätigkeit im Grossen Rat. Davon wird die Hälfte des Betrages an die Stadt abgeliefert. Diesen Antrag stellt die Lohnkommission mit 4 zu 1 Stimme. Ein Kommissionsmitglied findet, dass die ganze Entschädigung der Tätigkeit im Grossen Rat abgeliefert werden soll.

3. Ein Nachtragskredit ist nicht notwendig, da die gesamten Ausgaben für die Entschädigung des Stadtmanns unter dem budgetierten Betrag von 2012 liegen werden.

Riquet Heller, FDP: So geht es nicht. Ich bin zwar vorher mit meinem Antrag unterlegen, aber dieser Antrag von Kollege Belloni und Kollegin Sutter Heer hat obsiegt und es ist jetzt in Ziff. 2 berücksichtigen, dass die Hälfte des Betrages der Stadt abgeliefert wird. Dieser Antrag hat obsiegt. Demzufolge ist der Kommissionsantrag entsprechend zu modifizieren. Ich bitte sie, Herr Präsident, dies zu berücksichtigen.

Präsident Fabio Telatin: Ich wiederhole den Antrag nochmals und werde Punkt 2 nicht mehr berücksichtigen, weil da eben der Antrag obsiegt hat.

Der Stadtrat beantragt ihnen, der Entschädigung für den Stadtmann ad interim ab 01. Juni 2012 gemäss Erwägungen der Botschaft zuzustimmen.

Die Kommission stellt dem Parlament folgende Anträge gemäss Art. 32, Ziff 8 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon:

1. Dem Antrag des Stadtrates „Entschädigung für den Stadtmann ad Interim“ mit einer Grundentschädigung von Fr. 169'000.-- pro Jahr (inkl. 13. Monatslohn), Repräsentationsspesen von Fr. 12'000.-- pro Jahr und Fahrtentschädigung von Fr. 6'000.-- pro Jahr ist zuzustimmen. Diesen Antrag stellt die Lohnkommission einstimmig.

3. Ein Nachtragskredit ist nicht notwendig, da die gesamten Ausgaben für die Entschädigung des Stadtmanns unter dem budgetierten Betrag von 2012 liegen werden.

://: Der Antrag der Kommission gemäss Botschaft des Stadtrates mit Abänderung des Antrages wird einstimmig angenommen.

Elisabeth Tobler, SVP: Position 2, die Honorare von Ratsmandaten und Delegationsentschädigung werden voll an die Stadt abgeliefert, da haben wir auch noch abstimmen wollen. Es ist ja nicht nur die Grossrätstätigkeit-Entschädigung, das müsste man eigentlich hier auch bringen.

Riquet Heller, FDP: Was wir wollen, ist, dass Patrick Hug bei solchen Ratsmandaten dem selben Regime untersteht wie sein Amtsvorgänger, nämlich volle Ablieferung aller Mandatseinkünfte mit der Ungewissheit betreffend den Grossen Rat. Auch hier soll dasselbe Regime wie bei Martin Klöti herrschen.

Der Antrag lautet: Die Honorare von Ratsmandaten und Delegationsentschädigungen werden analog zum Amtsvorgänger an die Stadt abgeliefert. So ist der Antrag, den Kollege Belloni und Kollegin Sutter Heer gestellt haben und obsiegt hat, berücksichtigt. Nämlich, Martin Klöti, das wissen wir alle, hat seine volle Entschädigung abgeliefert. Dagegen wissen wir nicht, was mit den Einkünften aus seinem Grossratsmandat geschehen ist und hier soll dasselbe für seinen Interims-Nachfolger gelten. Demzufolge wiederhole ich zuhanden des Protokolls nochmals meinen Antrag:

„Die Honorare von Ratsmandaten (dazu gehört der Grosse Rat) und Delegationsentschädigungen werden analog zum Amtsvorgänger an die Stadt abgeliefert. Ich hoffe zur Klärung beigetragen zu haben.“

Präsident Fabio Telatin: Wir lassen nochmals darüber abstimmen. Der Antrag lautet: Die Honorare von Ratsmandaten und Delegationsentschädigung werden analog dem Amtsvorgänger gehandhabt.

://: Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

4. Botschaft „Jährlicher Betriebsbeitrag an das EZO Eissportzentrum Oberthurgau in Romanshorn in Höhe von Fr. 64'295.-- ab 01. Mai 2013 bis 30. April 2018“

Antrag Parlamentsbüro auf Bildung einer 5er Kommission

Präsident Fabio Telatin: Das Büro beantragt ihnen die Bildung einer 5er Kommission. Für die Kommission haben die Fraktionspräsidien folgende Vorschläge eingereicht:

- Auer Köbi, SP-Gewerkschaften-Juso
- Bertelmann Bernhard, SP-Gewerkschaften-Juso
- Hofer Philipp, CVP
- Claudia Zürcher, FDP
- Vonlanthen Andrea, SVP

Gemäss Art. 57 Abs. 3 unseres Geschäftsreglements werden Mitglieder und Präsidien von parlamentarischen Kommissionen offen gewählt, sofern nicht ein Parlamentsmitglied geheime Wahl verlangt. Sie können gesamthaft gewählt werden.

Ich lasse zuerst über die Kommissionszusammensetzung abstimmen.

://: Die vorgeschlagene Kommission betreffend „Jährlicher Betriebsbeitrag an das EZO“ wird einstimmig gewählt.

Wir kommen zur Wahl des Präsidiums. Zur Verfügung gestellt hat sich Andrea Vonlanthen, SVP.

://: Andrea Vonlanthen, SVP wird einstimmig bei eigener Enthaltung als Präsident für die Kommission betreffend „Jährlicher Betriebsbeitrag an das EZO“ gewählt.

Ich wünsche der Kommission eine sehr erfolgreiche Beratung und danke Andrea Vonlanthen, SVP für die Übernahme des Präsidiums.

5. **Zusammensetzung 7er Kommission für „nichtständige“ Kommissionen**

Klärung für eine definitive Zusammensetzung der Sitzverteilung, Diskussion, Beschluss

Präsident Fabio Telatin: An der konstituierenden Sitzung vom 10. Mai 2011 zeigte die Diskussion verschiedene Ansichten betreffend Sitzverteilung einer 7er Kommission. In geheimer Wahlabstimmung wurde die Sitzverteilung für die „ständige“ 7er Einbürgerungskommission bestimmt. Mit der heutigen Diskussion und anschliessender Beschlussfassung hofft das Parlamentsbüro auf Lösung betreffs der allfälligen Zusammenstellung einer zu wählenden „nichtständigen“ 7er Kommission und unterbreitet ihnen nachfolgend drei Varianten.

Variante 1: Gemäss Berechnung oder Vorlage des Kantonsrats und bis dato auch vom Stadtparlament Arbon, so wie es auch in 23 anderen Kantonen stattfindet, nach Berechnung im Proporzverfahren aufgrund der Stärke der Fraktionen.

Variante 2: Bei jeder neuer 7er Kommissionsbildung müssen die Fraktionen neu beraten, wie die Sitzverteilung sein soll. Kommt keine Einigung zustande oder stellen sich mehr Kommissionsmitglieder zur Verfügung, als Sitze zu vergeben sind, wird eine geheime Wahlabstimmung durchgeführt.

Variante 3: Gemäss Abstimmung der Konstituierenden Sitzung vom 10. Mai 2011 für „ständige“ Kommissionen.

Antrag Parlamentsbüro:

Aufgrund des Bürobeschlusses vom 16. April 2012 beantragt Ihnen das Parlamentsbüro, der Variante 1 zuzustimmen.

Die Diskussion ist eröffnet.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Mit dieser Variante 1, die jetzt vorgeschlagen wird, bestätigen wir eigentlich unser Abstimmungsverhalten von der letzten Sitzung. Ich kann ihnen sagen, dass die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso auch heute Abend zustimmen wird.

Riquet Heller, FDP: ich bitte sie auf dieses Geschäft nicht einzutreten und keinen Entscheid zu fällen. Ich nehme von meinem Votum, das ich gehalten habe am 8. Mai hier in diesem Saal kein Wort zurück. Wir haben uns auch entsprechend verhalten als es um eine ständige Kommission ging und nun votiere ich zum Nichteintretens-Entscheid. Es macht keinen Sinn, wenn wir unterscheiden zwischen Ständigen und Nichtständigen Kommissionen. Namentlich ist unlogisch, dass bei Ständigen Kommissionen, die noch Entscheidungskompetenz haben, mein Vorschlag, wie ich ihn vertreten habe am 8. Mai, gelten soll.

Zweitens, aus rein praktischen Gründen, stelle ich fest, dass wir Mühe haben, Mühe haben, Peter Gubser, genügend Mitglieder für die Kommissionen zu stellen und auch Präsidenten für die entsprechenden Kommissionen. Ständig erfahren wir intern über Rückzüge und Schwierigkeiten der einzelnen Fraktionen entsprechende Leute zu stellen und dann muss nicht gekämpft werden um einzelne Sitze, und das noch festgeschrieben werden.

Drittes Argument: Aktuell besteht kein Kampf um irgendwelche Sitze. Wir sind einvernehmlich und die Listenverbindung, die ich ihnen zwischen den Fraktionen vorgetragen habe, um zu einer entsprechenden Proportionalität und Gerechtigkeit zu kommen, liegt zurzeit gar nicht vor. Demzufolge bitte ich sie, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Andrea Vonlanthen, SVP: Die SVP-Fraktion ist ein wenig überrascht, dass dieses Geschäft überhaupt traktandiert wird. Erstens gab es bisher bei den nichtständigen Kommissionen kein Problem und zweitens wäre das, wenn, Sache des Büros und der Fraktionen, um es anzugehen.

Man kann versuchen diese Frage mit Parlamentsbeschluss zu regeln, doch ein Vergleich mit dem 130-köpfigen, erfahrenen Grossen Rat und dessen Ressourcen ist schon etwas problematisch. Im Grossen Rat teilt ja das Büro gleich auch das Kommissionspräsidium nach einem Proporzschlüssel den einzelnen Fraktionen zu. In unserm jungen, kleinen Stadtparlament wäre dies keine realistische Variante. Hier müssen Erfahrung und Sachkompetenz für anspruchsvolle Kommissionsberatungen vielfach erst noch gewonnen werden.

Grundsätzlich stellt sich die SVP-Fraktion hinter die Variante 1: SP-Gewerkschaften-Juso 3, SVP 2, CVP/EVP und FDP je 1 Sitz.

Aber, und das möchten wir protokollarisch festhalten: Das kann nur eine Soll-Regelung, keine Muss-Regelung sein. Es muss möglich sein, in vernünftiger Absprache unter den Fraktionen einen Kommissionssitz abzugeben oder darum zu ersuchen und nicht aus politischen, sondern aus sachlichen und persönlichen Gründen.

Wir haben unter den Fraktionspräsidenten ein gutes Einvernehmen und solche Absprachen werden möglich sein. Darum sagen wir Ja zu Variante 1, aber als Soll- und nicht als Muss-Regelung. Wir meinen auch, wir können das entscheiden heute Abend zu Handen des Protokolls. Einen grossen Einfluss wird dieser Entscheid nicht haben.

Silke Sutter Heer, FDP: Zum einem möchte ich vorweg sagen, dass mir Andre Vonlanthen aus dem Herzen gesprochen hat, ich komme darauf in meinem Votum am Schluss zu sprechen.

Die FDP-Fraktion kann sich mehrheitlich im Sinne einer konsensualen Lösung mit der vorgeschlagenen Variante 1 des Büros einverstanden erklären. Dies ausdrücklich unter dem Vorbehalt, dass, diese Lösung für die nichtständigen 7er Kommissionen im Moment gilt. Wir erwarten aber auch, dass wenn sich jemand in eine Kommission wählen lässt, sei es eine 5er oder 7er Kommission, die gewählten Mitglieder ihre Aufgabe auch wahrnehmen können und dies auch tatsächlich tun. Es kann nicht angehen, dass Kommissionen dann mit drei oder mit vier Personen tagen müssen, weil alle anderen keine Zeit haben. Wer in einer solchen Kommission Einsitz nimmt, muss sich vorher bewusst sein, ob er diese Zeit hat, sonst kommt eben meines Erachtens genau die Lösung von Andrea Vonlanthen, SVP zum Tragen. Lieber gibt man einen Sitz vorgängig ab, bevor Personen in eine Kommission gewählt werden, die aus zeitlichen oder persönlichen Gründen an diesen Kommissionssitzungen gar nicht teilnehmen können. Ebenfalls hat dies zu gelten für fachliche Kompetenzen, die im einen oder anderen Fall mehr oder weniger vorhanden sind.

Es macht aber keinen Sinn, sie aufgrund von Parteizugehörigkeiten in die Kommission wählen zu lassen, wenn man gar nicht bereit ist, die Verantwortung wahrzunehmen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Hier noch die Meinung der CVP/EVP-Fraktion. Ein bisschen stört mich jetzt, dass hier eine Massregelung stattfinden soll, wer was macht in den Kommissionen. Das müssen wir unter diesem Traktandum nicht besprechen. Es geht ja wirklich weder um das offene Thema noch um die Kommissionszusammensetzung. Einzig nur für die Einbürgerungskommission, die dieses Problem ausgelöst hat, weil unsere Fraktion vorgeschlagen hat, es sollen alle in diesem Saal vertretenen Parteien auch in der Einbürgerungskommission dabei sein. Das war der Ursprung und sonst sind wir auch der Meinung, in die 7er Kommissionen sollen nach gutbürgerlich praktiziertem Proporz, 3 die SP-Gewerkschaften-Juso, 2 die SVP und die FDP und CVP/EVP 1 Mitglied schicken. Eine Massregelung verbiete ich mir hier zu diskutieren und ich sehe das auch so, wie die drei Vorredner, eine grosse Bedeutung hat dieser Entscheid nicht, entscheiden muss das Büro. Wenn wir schon dieses Traktandum haben und abstimmen können, möchten ich ein richtiges Signal und jetzt sagen, sind wir für Variante 1 oder nicht, haben wir das Problem gelöst.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Es ist mir ganz wichtig zu sagen, dass es nicht ein Parteienproblem ist, sondern ein generelles. Was bei der konstituierenden Sitzung hier drinnen im passiert ist, ist völlig undemokratisch und daneben gewesen. Man muss dieses Problem korrekt lösen, unabhängig von welcher Partei und wie viel Zugehörigkeiten man bekommt. Es ist eine mathematische Lösung und die soll angestrebt werden. Ich bin eigentlich auch dagegen, dass wir heute einfach für die ad hoc Kommissionen eine Lösung finden für eine 7er Kommission und die anderen einfach so belassen. Ich bin der Meinung, man müsse das ganz generell und korrekt lösen und nicht einfach so in kleinen Stückchen und diesen Hickhack hier drin immer wieder mit zu erleben, finde ich sehr daneben.

Riquet Heller, FDP: Inge Abegglen, ich bedanke mich für das treffende Votum, dass du abgegeben hast. Die CVP/EVP merke sich, es wird der Sitz in der ständigen Kommission EBK, Einbürgerungskommission von den Sozialdemokraten angegriffen. Das ist eigentlich der Kern und es ist nach wie vor keine Logik darin, dass wir zwischen ständigen und nichtständigen Kommissionen unterscheiden. Das ist das ein und dasselbe. Der Angriff bezieht sich demzufolge auch auf die ständige Kommission mit Entscheidungskompetenz, die EBK und das finde ich zentral. Vielen Dank Inge Abegglen, dass du so ehrlich bist.

Dann noch zum Antrag zu meiner Rechten, ist zwar die Linke von meiner Sicht gesehen. Es wird eine Soll-Norm vorgeschlagen. Da dreht sich jedem Juristen der Magen um. Entweder machen wir jetzt eine Norm und dann ist es so oder wir machen keine, Soll-Norm bitte ich sie, nicht zu legiferieren. Ich wiederhole meinen Antrag auf Nicht-Eintreten.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Riquet Heller, du bist immer für präzise Formulierungen. Inge Abegglen hat ganz klar in der Ich-Form gesprochen und ich habe ganz klar im Namen der Fraktion gesprochen. Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso stimmt dieser Variante 1 zu.

Präsident Fabio Telatin: Wenn keine weiteren Wortmeldungen sind, möchte ich hier die Diskussion schliessen und abstimmen lassen.

::: Der Antrag auf Eintreten wird mit 23 zu 2 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen.

::: Dem Antrag des Parlamentsbüros, Variante 1, wird mit 23 zu 3 Stimmen zugestimmt.

6. „Parkierungsreglement – Bericht und Antrag“

Antrag Parlamentsbüro auf Bildung einer 7er Kommission

Für die Kommission haben die Fraktionspräsidien folgende Vorschläge eingereicht:

- Bachofen Werner, SVP
- Graf Lukas, SP-Gewerkschaften-Juso
- Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso
- Hug Kaspar, CVP
- Oezcelebi Atakan, SP-Gewerkschaften-Juso
- Schuhwerk Christine, FDP
- Straub Astrid, SVP

Gemäss Art. 57 Abs. 3 unseres Geschäftsreglements werden Mitglieder und Präsidien von parlamentarischen Kommissionen offen gewählt, sofern nicht ein Parlamentsmitglied geheime Wahl verlangt. Sie können gesamthaft gewählt werden.

Ich lasse zuerst über die Kommissionszusammensetzung abstimmen.

::: Die vorgeschlagene Kommission betreffend „Parkierungsreglement“ wird grossmehrheitlich bestätigt.

Wir kommen zur Wahl des Präsidiums. Zur Verfügung gestellt hat sich Kaspar Hug, CVP, er ist heute Abend ferienhalber abwesend.

://: Kaspar Hug, CVP/EVP wird einstimmig in Abwesenheit als Präsident für die Kommission betreffend „Parkierungsreglement“ gewählt.

Ich wünsche der Kommission eine sehr erfolgreiche Beratung und danke Kaspar Hug für die Übernahme des Präsidiums.

7. Ersatzwahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für die laufende Legislatur
(Rücktritt Andrea Vonlanthen, SVP per 30.06.2012)

Präsident Fabio Telatin: Andrea Vonlanthen, SVP und Präsident der Einbürgerungskommission hat seinen Rücktritt, als Mitglied der EBK auf den 30.06.2012 eingereicht. Für ihn gilt es einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin zu wählen per 1.07.2012.

Die SVP-Fraktion schlägt ihnen Hanspeter Belloni vor.

Roland Schöni, SVP: Als Vertreter der SVP-Fraktion spreche ich sowohl zur Ersatzwahl eines Mitgliedes sowie zur Ersatzwahl des Präsidiums.

In Arbon ist es ruhiger geworden um die Einbürgerungen. Seit gut fünf Jahren lösen wir diese Aufgabe mit einer Kommission. Diese hat solide Aufbauarbeit geleistet, einen enormen Pendenzenberg abgebaut und viele Gesuche zügig behandelt. Es wurden Richtlinien und Anforderungsprofile unter Einbezug einer Prüfung geschaffen, die sowohl den Einbürgerungswilligen, als auch den Anforderungen an den Schweizer Bürger gerecht werden. Diese gründliche Arbeit spiegelt sich auch in den Rekursen wieder, die bisher allesamt abgelehnt wurden.

Dies ist sowohl ein Verdienst der gesamten Kommission, wie auch speziell dem bisherigen Präsidenten Andrea Vonlanthen. Wie er diese Aufgabe mit einem unglaublichen Einsatz bewältigt hat, verdient unseren Respekt, Dank und Anerkennung. Im Namen der SVP und im Namen von sicher fast allen hier im Saal, danke ich dir für deine geleistete Arbeit. Für dein gesundheitliches Wohlergehen wünschen wir dir alles Gute.

Sowie ich damals Andrea Vonlanthen als Mitglied und Präsidenten vorschlagen durfte, stehe ich wieder hier und präsentiere Ihnen wiederum einen fähigen, kompetenten und engagierten Kandidaten in der Person von Hanspeter Belloni.

Wir schlagen ihn sowohl als Mitglied als auch als Präsident vor. Obwohl noch nicht in der Kommission tätig, ist ihm das Metier nicht fremd. Wir sind überzeugt, dass er der anspruchsvollen Aufgabe und den hohen Anforderungen gerecht wird. Er überzeugt, hat Führungserfahrung und hat bewiesen, dass er auch heikle Gespräche besonnen führen kann. Er ist schreibgewandt und garantiert im Umgang mit der Verwaltung eine reibungslose Zusammenarbeit. Wir sind überzeugt, dass Hanspeter Belloni als Präsident die Arbeit auf diesem hohen Niveau weiterführt und somit die Kontinuität gewährt bleibt. Ich bitte sie daher, Hanspeter Belloni sowohl als Mitglied als auch als Präsident der Einbürgerungskommission zu wählen.

://: Hanspeter Belloni, SVP wird grossmehrheitlich als Mitglied der Einbürgerungskommission gewählt.

Präsident Fabio Telatin: Hanspeter Belloni, ich gratuliere dir zu deiner Wahl.

Da Andrea Vonlanthen den Rücktritt aus der Einbürgerungskommission gegeben hat, muss demzufolge auch das Präsidium neu besetzt werden.

Als Nachfolger schlägt ihnen die SVP-Fraktion Hanspeter Belloni als neuen Präsidenten der EBK vor.

Gibt es andere Vorschläge?
Wenn nicht, stimmen wir darüber ab.

://: Hanspeter Belloni, SVP wird grossmehrheitlich als Präsident der Einbürgerungskommission gewählt.

Ich gratuliere und danke dir für die Übernahme des Präsidiums und wünsche dir Ausgewogenheit und Neutralität im neuen Amt

8. Fragerunde

Präsident Fabio Telatin: Es liegt eine vorzeitig eingereichte Frage vor. Die Frage stammt von Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend „Skatepark“

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Das Stadtparlament hat an der Sitzung vom 21. Februar 2012 den Kredit von Fr. 300'000.-- zum Bau des Skateparks Arbon mit einer knappen Mehrheit abgelehnt. Der Stadtrat hat sich darauf bereit erklärt, das Projekt zusammen mit dem Verein Skatepark weiterzuverfolgen und dafür allenfalls einen Beitrag im Rahmen seiner Finanzbefugnisse zu leisten. Dem Bericht der FGK zur Jahresrechnung 2011 ist zu entnehmen, dass ein Gespräch zwischen Stadtrat und dem Verein Skatepark zum Zeitpunkt der Beantwortung an die FGK noch nicht stattgefunden hat. Wurde dieses Gespräch inzwischen durchgeführt - und wenn ja - was wurde vereinbart?

Stadtmann a. i. Patrick Hug: Ich nehme sehr gerne zu den beiden Fragen Stellung. Das Gespräch mit dem Verein Skatepark hat am 12. Juni stattgefunden, nachdem am 10. Mai bereits ein erster Informationsaustausch mit dem Vereinspräsidenten geführt worden war. Am Gespräch vom vergangenen Dienstag mit einer Zweier-Delegation des Vereins, einer Zweier-Vertretung der Abteilung Bau, dem Planer und meiner Person wurde Folgendes klar: Der Verein möchte grundsätzlich einen Streetpark mit Street und Bowl realisieren, also die komplette Variante, wie sie auch das Stadtparlament befürwortet hatte, dann aber mit einer Stimme Unterschied den Kreditbetrag ablehnte.

An der Sitzung wurden folgende Punkte vereinbart: Der Planer erstellt bis Ende Juli 2012 einen Kostenvoranschlag mit Ausschöpfung des möglichen Sparpotenzials, und der Verein erstellt anschliessend, im Monat August, einen Vorschlag für ein Finanzierungsmodell. Detailliert zu regeln sein wird auch die Frage des Unterhalts. Als Bauherr würde die Stadt Arbon auftreten, und sie wäre auch für die Anlage verantwortlich. Der Stadtrat wird nach Vorliegen der Zahlen das weitere Vorgehen festlegen und über einen Finanzierungsbeitrag befinden.

Mündlich gestellte Fragen:

Hanspeter Belloni, SVP: Vergangenes Wochenende fand im Arboner Schwimmbad das 16. Euregiomeeting statt.

Ich durfte unter anderem als Präsident der Genossenschaft Hallenbad Arbon einen, durch den neuen Vorstand des SC Arbon/Wassersport Arbon WiSo tadellos organisierten Schwimmwettkampf miterleben. Zahlreiche Schwimmvereine aus dem In- und Ausland nahmen an diesem sehr beliebten Meeting teil und einmal mehr war dies eine sehr gute Werbung für unser tolles Schwimmbad.

Was nicht so toll war, war die Tatsache, dass anstelle der vorhandenen Beschattungsanlage oberhalb des Sprungweihers ein Festzelt stand. Nach Rückfrage beim Veranstalter musste ich erfahren, dass sämtliche Seilzüge und Blachen der Beschattungsanlage entfernt wurden. Der Veranstalter musste für teures Geld ein Festzelt mieten.

Mein Fragen an den zuständigen Stadtrat Reto Stäheli:

- Auf wessen Anweisungen bzw. wer demontierte die Seilzüge und die Blachen bei der Beschattungsanlage?
- Bis wann gedenkt der Stadtrat die fehlenden Seilzüge bzw. die Beschattungsanlage wieder in Betrieb zu nehmen? (Der Sommer hat bekanntlich erst begonnen)
- Wer bezahlt die eventuell anfallenden Kosten?

Mich interessiert es vor allen auch deshalb, weil diese Beschattungsanlage ein Geschenk aus dem Jahr 2003 von der Genossenschaft Hallenbad Arbon an die Stadt Arbon war. Die Anlage stammt von der Expo 2002 in Murten und wurde damals für total ca. Fr. 45'000.-- (Kauf, Transport und Montage) nach Arbon gebracht.

Stadtrat Reto Stäheli: Die Seilzüge sind schon länger weg, nicht erst seit gestern. Die Seilzüge wurden vom Schwimmclub Arbon, anlässlich eines Schwimmwettkampfs demontiert und an dieser Stelle wurde ein Festzelt aufgebaut, weil die Beschattungsanlage wasserdurchlässig ist, es sind nur Blachen. In der Bäderkommission ist diese Anlage, diese Seilzüge eine Pendeuz, die wir mit dem Schwimmclub Arbon noch nicht erledigt haben. Wir erwarten vom Schwimmclub Arbon einen Rückbau oder eine alternative Lösung. Somit kann ich zur Frage 3 noch keine Antwort geben, wie sich dann das Ganze ausgestalten wird.

Elisabeth Tobler, SVP: Wir haben vorhin gehört, dass das mit dem Skatepark, offensichtlich entgegen dem Willen des Parlaments, trotzdem irgendwie realisiert werden soll. Da haben wir klar abgestimmt, dass der Budgetbetrag nicht gesprochen ist und es wäre sehr befremdend, wenn jetzt anhand dieser Fr. 300'000.--, die der Stadtrat sprechen kann, und dann dort noch etwas über den Werkhof und dann hier noch etwas, dieser Betrag überschritten würde, nur damit etwas realisiert werden kann, das nicht von allen geschätzt wird und auch nicht von allen an dieser Lage auch gewünscht ist. Ich möchte anfragen, ob hier das so gemacht werden soll oder dass vom Skateverein mehr Mittel erwartet werden, damit der Betrag nicht überschritten wird:

Stadtmann a. i. Patrick Hug: Ich habe vorher erwähnt, dass der Verein Skatepark ein Finanzierungsmodell vorlegen muss. Ich nehme das Votum von ihnen zur Kenntnis. Der Stadtrat nimmt das entgegen, wir werden dies auch, den knappen ablehnenden Entscheid des Stadtparlaments in die Überlegungen miteinbeziehen. Grundsätzlich hat der Stadtrat, Martin Klöti als Stadtmann an der Spitze, an jener Stadtparlamentsitzung aber deutsch und deutlich erklärt, dass der Stadtrat Hand bieten möchte für eine Lösung. Bitte haben sie Verständnis, hohes Parlament, wenn wir aufgrund der jetzigen Faktenlage noch nicht sagen können, wie teuer diese Skateanlage zu stehen kommen soll und wie und in welcher Höhe sich die Stadt dann beteiligen wird.

9. Verschiedenes

- Informationen aus dem Stadtrat

Stadtmann a. i. Patrick Hug: Ich bin seit nunmehr 19 Tagen im Amt als Stadtmann ad interim. Es ist dies eine ebenso vielfältige wie spannende Aufgabe. Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich danken dem Stadtrat und der Verwaltung für die gute Aufnahme und die Unterstützung. Auch vertiefte Gespräche mit Stadtparlamentariern, insbesondere mit den Fraktionspräsidenten an der ersten sogenannten Gipfelkonferenz, empfand ich als befruchtend und zielführend in der Sache. Besten Dank.

Stadtrat Reto Stäheli: Ein kleiner Nachtrag für alle, die jetzt im Saal sind, sie werden nach den Sommerferien einen neuen Saalboden vorfinden. Wir sind daran, die Investition von Fr. 200'000.-- zu investieren, damit der Saalboden in neuer Pracht erscheinen wird nach den Sommerferien. Die, die es genauer nehmen wollen, können das nochmals eins zu eins anschauen, wo die Löcher sind und nach den Sommerferien den neuen Saalboden beaugapfeln.

Präsident Fabio Telatin: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen und ich danke ihnen allen für die aktive Mitarbeit und das Interesse.

Ich wünsche uns allen eine entspannte Sommerzeit mit noch vielen schönen und sonnigen Tagen, jedoch frei von abendlichen Verpflichtungen.

Damit möchte ich die 8. Parlamentssitzung schliessen und sie für die 9. Parlamentssitzung am 11. September 2012 willkommen heissen.

Schluss der Sitzung: 21.40 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Fabio Telatin

Evelyne Jung